

Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945

Von Ralf Baus

Ende April/Anfang Mai 1945 war auch Sachsen von den Einheiten der alliierten Armeen besetzt worden. Mit rund 5,6 Millionen Einwohnern war Sachsen am Ende des Krieges nicht nur das bevölkerungsreichste, sondern auch das am dichtesten besiedelte Land der Sowjetischen Besatzungszone.¹ Leipzig und Dresden gehörten nach Hamburg, Köln, München und Berlin zu den größten Städten Deutschlands.

Die militärische Besetzung durch die Alliierten hatte für Sachsen zu einer besonderen Situation geführt. Im Rahmen der Prager und Berliner Operation gingen am 16. April 1945 die Einheiten der 1. Ukrainischen Front über die Neiße, während die amerikanischen Truppen die westlichen Grenzen des sächsischen Territoriums überschritten. Am 19./20. April besetzten die amerikanischen Truppen Leipzig; am Tage der Kapitulation erreichte die Rote Armee Dresden.² Im Verlauf der militärischen Operation waren etwa 80 Dörfer im westlichen Erzgebirge um Stollberg, Schwarzenberg³ und Aue unbesetzt geblieben. Bis zum Abzug der Amerikaner, Anfang Juli, bestanden somit drei verschiedene Besatzungszonen im Lande.

1 Vgl. Tab. «Ausgewählte Daten zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone (Stand 1946)«, zusammengestellt nach Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, Berlin 1948, in: Helga A. WELSH, *Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen 1945-1948* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 58), München 1988, S. 15. Bei unmittelbarem Kriegsende dürfte die Zahl aufgrund zahlreicher Flüchtlinge höher gewesen sein. Eine Aufstellung der Landesverwaltung Sachsen gibt für den Monat August 1945 eine Bevölkerungszahl von 5.641.451 für die 30 Land- und 23 Stadtkreise Sachsens an. Hinzu kamen 710.038 Flüchtlinge. Dies entsprach 12,7 % der Gesamtbevölkerung. Vgl. Tab. «Flüchtlinge in Sachsen im August und September 1945«, Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Landesregierung Sachsen, Ministerpräsident, 354.

2 Vgl. auch Manfred UNGER, *Sachsen in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, seine Stellung in der DDR am Beginn des sozialistischen Aufbaus (1945-1952)*, in: *Sächsische Heimatblätter*, 4/1984, S. 165-186, S. 165.

3 Zur Entwicklung Schwarzenbergs in den unmittelbaren Nachkriegswochen liegen zwei Studien aus der DDR vor: Werner GROSS, *Die ersten Schritte. Der Kampf der Antifaschisten in Schwarzenberg während der unbesetzten Zeit Mai/Juni 1945*, Berlin (Ost) 1961; DERS., *Der Kampf Schwarzenberger Antifaschisten während der besatzungslosen Zeit (Mai/Juni 1945)*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 3/1960, S. 657-676. Literarische Verarbeitung durch Stefan HEYM, *Schwarzenberg*, Köln 1984.

Die Gründungszentren Dresden und Chemnitz

Vor allem Dresden war von den Zerstörungen des Krieges stark betroffen. 80 Prozent des Wohnraumes waren zerstört, sämtliche steinerne Elbbrücken gesprengt, die Frauenkirche wenige Tage nach dem Flammenmeer der verheerenden Bombennacht des Februars 1945 eingestürzt. Teile des Haupt- und der Seitenschiffe der katholischen Hofkirche waren schwer beschädigt und der Pöppelmannsche Zwinger kaum wiederzuerkennen.

In dieser Atmosphäre fanden sich Anfang Juli ehemalige Zentrumsmitglieder und Angehörige anderer Weimarer Parteien zusammen, um eine christliche Partei zu gründen. Die Initiative hierfür war vor allem von katholischer Seite ausgegangen. Eine Unterredung zwischen Friedrich Koring und Hermann Kastner über eine Beteiligung der Katholiken an der Arbeit der Liberalen in Dresden⁴ war zuvor ergebnislos verlaufen.⁵ Am 8. Juli 1945 berief der Bischöfliche Rat, Pfarrer Mühr, auf Wunsch von Anhängern der ehemaligen Zentrumspartei eine Versammlung ein,⁶ an der erstmalig auch evangelische Christen, darunter der spätere Landesgeschäftsführer der CDU⁷-Sachsen, Hermann Voigt, teilnahmen. Tags zuvor war es bereits zu einer Aussprache auf evangelischer Seite gekommen.⁸

An der Besprechung vom 8. Juli beteiligten sich insgesamt 41 Personen,⁹ unter denen der Vizepräsident der sächsischen Landesverwaltung, Gerhard Rohner, prominentester Gast war. Wie in den meisten »Zirkeln

4 In Dresden erfolgte am 6. Juli 1945 die Gründung einer Demokratischen Partei Deutschlands (DPD), die sich später den Berliner Liberaldemokraten anschloß. Vgl. »Niederschrift über die Gründungsversammlung der Demokratischen Partei Deutschlands«, 6. 7. 1945, Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL), Bestand LDPD, 18542.

5 Vgl. Bericht über die »Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union im Bundesland Sachsen«, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Zentralbestand Ost-CDU, VII-011-803.

6 Vgl. »Niederschrift über die am 8. 7. 1945 im Hause Gottfried-Keller-Str. 50 stattgefundene Besprechung zur Gründung der Christlich-sozialen Volkspartei«, ACDP, Bestand CDU-Landesverband Sachsen, III-035-001; Abdruck bei Hermann WEBER (Hrsg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950*, Köln 1982, S. 132.

7 Die Begriffe CDU, CDUD und Union werden im folgenden synonym verwendet. Der Landesverband Sachsen führte im Stempel die Bezeichnung: »CDUD, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Landesverband Sachsen«.

8 Vgl. Bericht über die Entwicklung der CDU (wie Anm. 5).

9 Die »Niederschrift« enthält leider keine Angaben über die genaue Zusammensetzung der Versammlung, weder im Hinblick auf die ehemalige parteipolitische Zugehörigkeit noch auf die Konfession. Namentlich genannt werden nur Friedrich Koring (Zentrum), Franz Jensch (Zentrum), August Galland (Zentrum), Karl Gottfried (Zentrum), Kurt Hoegg (Zentrum) und Gerhard Rohner (parteilos). Für die beiden Pfarrer Mühr und Meier konnte keine Parteizugehörigkeit ermittelt werden. Hermann Voigt, der im Protokoll nicht namentlich erwähnt wurde, an der Versammlung aber teilnahm, gehörte vor 1933 der DNVP an. Zu den Angaben vgl. »Erweiterter und Geschäftsführender CDU-Landesvorstand, 23./24. 2. 1946«, ACDP VII-011-799 und

und Zentren der Unionsgründung«¹⁰ war der Kreis sich schnell einig, nicht wieder das Zentrum, sondern eine gänzlich neue Partei ins Leben zu rufen. Die Versammlung beschloß daher die Gründung einer Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) in Dresden.

Die neue Partei sollte zunächst paritätisch von Beauftragten des evangelischen und katholischen Volksteils geführt werden. Zu diesem Zweck setzte die Versammlung einen siebenköpfigen Arbeitsausschuß ein, der unter Leitung des ehemaligen Gewerkschafters Friedrich Koring die weiteren Vorarbeiten durchführen sollte. Von der ehemaligen Zentrumspartei wurden außer Koring selbst Franz Jensch, Kurt Hoegg und August Galland in den Ausschuß delegiert. Da offenbar von evangelischer Seite noch keine Vertreter benannt werden konnten, verabredete man, dies bis zur ersten Arbeitssitzung am 10. Juli nachzuholen. Erst an dieser Sitzung nahmen Hugo Hickmann, Hermann Vogel von Frommannshausen und Hermann Voigt als Vertreter der evangelischen Christen teil.¹¹

Parallel zum Gründungsprozeß der CSV hatte sich Johannes Dieckmann um eine Mitarbeit Hickmanns bei der Gründung der liberalen DPD bemüht. Beide gehörten vor 1933 der DVP an. Allerdings erreichte das Schreiben des späteren Volkskammerpräsidenten von Anfang Juli Hickmann erst nach Gründung der CSV, so daß dieser am 11. Juli auf einer Postkarte antwortete: »Leider erreichte mich Ihre Anschrift erst gestern. Doch hätte ich auch absagen müssen, da ich bereits an einer anderen Stelle der antifaschistischen Front zur Mitarbeit herangezogen war.«¹²

Der folgende Briefwechsel machte nicht nur deutlich, warum die Gründung einer großen bürgerlichen Partei in Dresden nur wenig Chancen besaß, sondern er zeigte zudem, wie sehr das Verhältnis zwischen Liberalen und Christdemokraten schon im Kern des Gründungsprozesses der beiden Parteien durch Spannungen und Konkurrenzdenken belastet war.

Am 21. Juli brachte Dieckmann in einem weiteren Schreiben seine ablehnende Haltung gegenüber der christlich orientierten Parteigründung zum Ausdruck. Dabei ging er ähnlich wie Külz in Berlin davon aus, daß es sich hierbei um eine Wiederbelebung des Zentrums handele: »Nach Lage der Dinge kann die andere Stelle der antifaschistischen Front, der Sie Ihre

SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S. 1048.

¹⁰ Vgl. Brigitte Kaff, *Eine Volkspartei entsteht – Zirkel und Zentren der Unionsgründung*, in: Günter Buchstab/Klaus Gotto (Hrsg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten* (Geschichte und Staat, Bd. 254/255), München 1981, S. 70-101.

¹¹ Vgl. »Niederschrift über die erste Arbeitssitzung der CSV. am 10. 7. 1945«, ACDP III-035-001.

¹² Vgl. Postkarte von Hugo Hickmann an Johannes Dieckmann vom 11. 7. 1945, ADL, LDPD, 18538.

Mitarbeit zuwenden wollen, ja wohl nur die Zentrumsparterie sein, von der ich höre, daß sie hier unter dem Namen »Christlich-soziale Volkspartei« ins Leben gerufen werden soll. Sie kennen mich lange genug, um zu wissen ..., daß ich die Bildung einer derartigen Partei – vor allem in Sachsen – nicht für etwas ansehen kann, das Segen bringen könnte.«¹³ Dieckmann erhob insbesondere Bedenken gegen die Bezeichnung »christlich«, weil damit der Eindruck erweckt werden könne, wenn nicht gar solle, »daß die anderen Parteien nicht oder doch sehr viel weniger »christlich« seien«. Gleichwohl sah Dieckmann in der Herausbildung einer zweiten Partei auch etwas Positives. In der antifaschistischen Front stünden den marxistischen Parteien neben den demokratischen nun auch Vertreter der Zentrumsparterie gegenüber. Gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, daß andererseits die Gefahr entstehe, »daß, wenn dieses Gebilde »christlich« firmiert, Zwiespalt in die Reihen derjenigen hineingetragen wird, die heute mehr denn je zusammengehören.«¹⁴

In seinem Antwortschreiben einige Tage darauf erkannte Hickmann zwar das Ziel, alle nichtmarxistischen Volkskreise in einer Partei zu sammeln, grundsätzlich als erstrebenswert an. Diese Partei dürfe dann aber keine Neuauflage der demokratischen Partei sein, wofür Hickmann die DPD offenbar hielt. In einer solchen Partei sei es schlechthin unmöglich, »den bewußt christlich eingestellten Volksteil in vollem Umfang zu erfassen.« Dies gelte besonders für Sachsen, »wo die demokr.(atische) Partei sich auf kulturpolitischem Gebiet unvergessen belastet hat.« An keiner anderen Stelle seien den Anliegen »unserer Landeskirche solche Schwierigkeiten begegnet wie bei der demokratischen Landtagsfraktion.«¹⁵ Hickmann betonte darüber hinaus, daß das Zentrum auf die zunächst ins Auge gefaßte Neugründung verzichtet habe, »um sich in ein größeres Ganzes einzuordnen, in dem die evangelische Seite die Führung hat.«¹⁶

Hinsichtlich des Wortes »christlich« im Parteinamen führte Hickmann aus, daß im Gegensatz zur Chemnitzer Gründung unter dem Namen Christliche Volkspartei, der tatsächlich den Anschein erwecke, »für die christliche politische Haltung Ausschließlichkeit zu beanspruchen, der Losung »christlich sozial« ... ein solcher Anspruch nicht unterstellt werden kann«. Die Losung stelle nur eindeutig heraus, »welche weltanschauliche Grundlage und welche Ausrichtung für unser politisches soziales Wollen maßgebend ist.«¹⁷

13 Brief von Johannes Dieckmann an Hugo Hickmann, 21. 7. 1945, ADL, LDPD, 18538.

14 EBD.

15 Vgl. Brief von Hickmann an Dieckmann, 24. 7. 1945, ADL, LDPD, 18538.

16 EBD.

17 EBD.

Auch wenn Hickmann sich hiermit vom Namen der Chemnitzer Christlichen Volkspartei distanzierte, programmatisch beriefen sich die Dresdner Gründer zunächst auf den »Aufruf und die Leitsätze der Chemnitzer Freunde«. Aufruf und Leitsätze waren auf der Gründungsversammlung am 8. Juli vorgelesen und durchgesprochen worden.¹⁸

Treibende Kraft in Chemnitz war der katholische Pfarrer und ehemalige Landesvorsitzende des Zentrums, Ludwig Kirsch¹⁹. Noch vor Veröffentlichung des Berliner CDUD-Aufrufes »Deutsches Volk!« hatte Kirsch in Chemnitz bereits am 15. Juni 1945 die Gründung einer christlichen Partei eingeleitet.²⁰ Neben Vertretern des Zentrums waren es vorwiegend Mitglieder des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD), die Anfang Juli beschlossen, eine Christliche Volkspartei (CVP) zu gründen.²¹

In dem am 4. Juli 1945 veröffentlichten »Aufruf an das Volk« war, ähnlich wie im Berliner CDUD-Aufruf, die Rede von einem »seelischen und materiellen Trümmerfeld« und »der unsagbar schweren Aufgabe, die Trümmer wegzuräumen und zwischen ihnen und über sie hinweg neue Wege zu suchen, um unser Volk aus dem Chaos zu retten«.²² Als Ursache der Katastrophe sahen die Unterzeichner²³ des Aufrufes unter anderem »Materialismus« und »Ichsucht«. Wörtlich hieß es: »Die Weltgeschichte aber beweist: Abfall von Gott führt früher oder später unweigerlich zum Untergang eines Volkes. (...) Hitlers Schlagworte fanden nur darum so viele willige Hörer u(nd) Gläubige, der Wahnsinn seiner Politik konnte nur darum viele Millionen in seinen Taumel reißen, weil das Volk in seiner Mehrheit nicht mehr christlich glaubte und lebte, weil es so der inneren Kraft der göttlichen Wahrheit entbehrte.«²⁴

18 Vgl. Niederschrift Besprechung 8. 7. 1945 (wie Anm. 6).

19 Zur Biographie Kirchs vgl. Gerhard DESCZYK, *Ludwig Kirsch. Besinnung aufs Grundsätzliche* (Reihe Christ in der Welt), Berlin (Ost) 1977.

20 Vgl. Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU Bundespartei* (Studien zur politischen Bildung, Bd. 13), Mainz 1987, S. 193. Am 15. Juni 1945 lag bereits ein erster Entwurf der Anfang Juli veröffentlichten »Leitsätze« vor. Vgl. »Leitgedanken zum Volksentscheid 1946, Kreisverband CDU. Chemnitz-Land«, Chemnitz, 27. 5. 1946, ACDP, Nachlaß (NL) Ernst-Günter Haß, I-300-003/2.

21 Vgl. »Christliche Volkspartei Kreis Chemnitz«, offener Brief von Ludwig Kirsch, 4. 7. 1945, ACDP, NL Karl Buchheim, I-188-002/1.

22 Vgl. »Christliche Volkspartei, Kreis Chemnitz, Aufruf an das Volk«, 4. 7. 1945, ACDP, NL I-188-002/1.

23 Unterzeichner des Aufrufes waren: »Bach, Prof. a. d. staatl. Akademie f. Technik; Barthold, Fabrikdirektor; Böttrich, Reichsbahnoberssekretär; Geyer, Modelltischler; Gleicher, Schlosser; Hoschek, Textilfabrikant; Küntzelmann, Studienrat; Dr. Neumann, Apotheker u. Pharmazierat; Richter, Feinmechanikermeister; Dr. Rode, Studienrat; Rudolf, Gießereiarbeiter; Dr. med. Steinbach, Ärztin; Kirsch, Pfarrer u. Erzvikar (St. Josef) und Schulze, Pfarrer (Schloßkirche).

24 Aufruf an das Volk (wie Anm. 22).

Legitimiert, zum Neuanfang aufzurufen, fühlten sich die Chemnitzer Gründer nicht zuletzt durch den Widerstand und die Verfolgung während des »Dritten Reiches«. Kirsch selbst war im Jahre 1935 aufgrund seiner kritischen Leitartikel in der 1902 gegründeten und seither als politisches Organ der Katholiken des Landes geltenden Sächsischen Volkszeitung verhaftet und für einige Monate in das Konzentrationslager Sachsenburg bei Flöha verbracht worden.²⁵ Noch im selben Jahr wurde der Bischof von Meißen, Petrus Legge, verhaftet. Bis zum Ende der nationalsozialistischen Diktatur wurden von den damals 148 voll dienstfähigen Geistlichen des Bistums insgesamt elf Priester in Konzentrationslager und weitere 25 in Gefängnisse eingeliefert.²⁶ In dem Aufruf hieß es daher weiter: »Unser Durchhalten und das Martyrium vieler unserer Besten in den Konzentrationslagern gibt uns Recht und Pflicht, jetzt vor unser Volk zu treten und es im antifaschistischen Staate dazu aufzurufen: Setzt beim Wiederaufbau der zertrümmerten Seelen und Hoffnungen, besonders auch bei der Umerziehung der deutschen Jugend, die ewigen Werte des Christentums ein!«²⁷

Erst die Leitsätze der CVP enthielten einige programmatische Forderungen wie den Neuaufbau des deutschen Rechtsstaates, die Sicherung demokratischer Freiheiten sowie eine gerechte Lastenverteilung. Bemerkenswert war der Wunsch nach Umerziehung des deutschen Volkes im Geiste des »biblischen Christentums«, der Einführung des Religionsunterrichtes als eines ordentlichen Lehrfaches und der grundsätzlichen Einrichtung von Bekenntnisschulen. Ferner forderten die Unterzeichner »das Recht auf Arbeit und soziale Sicherstellung der arbeitenden Menschen bis zum Tode«²⁸.

Der Chemnitzer Aufruf entsprach damit weitgehend dem Selbstverständnis der Unionsgründer im gesamten Reich. Die Katastrophe des deutschen Volkes wurde allgemein in moralischen Kategorien als Verblendung und Verirrung der Menschen begriffen.²⁹ In einem offenen Brief, der Aufruf und Leitsätzen vorangestellt war, rief Kirsch zur »bewußte(n) Rückkehr zu wahrhaft christlichen Grundsätzen auch in Politik und Wirtschaft« auf. Er glaubte, »durch das Zusammenwirken der gläubigen Christen aller Konfessionen im politischen Raum – erfolgreicher als in getrennten Parteien! –

25 Vgl. Schutzhaftbefehl gegen Ludwig Alexander Anselm Kirsch vom 29. August 1935, BA, Kl. Erw., 640/9 (Nachlaßsplitter Ludwig Kirsch) und G. DESCZYK (wie Anm. 19), S. 6 ff.

26 Vgl. G. DESCZYK (wie Anm. 19), S. 10.

27 Aufruf an das Volk (wie Anm. 22).

28 Vgl. »Leitsätze der Christlichen Volkspartei (CVP)«, Chemnitz, 4. 7. 1945, ACDP, NL I-188-002/1.

29 Vgl. Winfried BECKER, *Die CDU im demokratischen Neubeginn 1945/46. Motive der Gründung und parteipolitischer Standort*, in: *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung*. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günther RÜTHER (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 216), 2. Auflage, Bonn 1987, S. 333-360, S. 337.

stärkste Antriebskräfte auslösen zu können, um unser politisches Leben als Volk und Staat wieder zu verchristlichen«. ³⁰ Wie in Berlin und Dresden lag dem Kreis um Kirsch besonders die Überwindung der konfessionellen Spaltung im politischen Raum am Herzen. Dies zeigte auch die im Juli erschienene Ankündigung: »Christen aller Konfessionen! Eure Partei ist im Werden, erwartet ihren Aufruf und die Einladung in ihre Versammlungen!« ³¹ Die Wiederbesinnung auf die Werte des Christentums war damit auch in Chemnitz zum Ausgangspunkt der neuen Partei geworden.

Am 12. Juli 1945 versammelte sich schließlich ein erweiterter Kreis, der Kirsch zum Vorsitzenden eines Arbeitsausschusses wählte und einen Bericht des Dresdner CSV-Mitgründers Friedrich Koring entgegennahm. ³²

Den Versuch einer gemeinsamen Parteigründung zwischen liberalen und christlich orientierten Politikern hatte es in Chemnitz offenbar nicht gegeben. Unter Führung des ehemaligen Mitglieds der 1918 aufgelösten Fortschrittlichen Volkspartei, Hermann Schiersand, war dort bereits am 12. Juni 1945 eine Deutsche Demokratische Fortschrittspartei gegründet worden. ³³ Zu dieser Entwicklung hatte wesentlich die parteipolitische Bindung von Kirsch (ehemals Zentrum) und Schiersand (ehemals DDP) zur Zeit der Weimarer Republik beigetragen. Aber auch die frühen Aktivitäten »antifaschistischer« Blockpolitik in Chemnitz dürften eine Rolle gespielt haben. So war bereits am 16. Mai 1945 unter Leitung der KPD eine »Antifaschistische Front« gebildet worden. An der nachfolgenden Sitzung des »Präsidiums der antifaschistischen Front« vom 24. Mai 1945 nahmen bereits Alois Hoschek für die spätere CVP und der Liberale Hermann Schiersand teil. ³⁴

Liberalismus und Christdemokratie in Leipzig: Spaltung der Demokratischen Partei Deutschlands und Gründung der Union

In Leipzig, das bis Anfang Juli von amerikanischen Truppen besetzt war, ³⁵ nahm die Gründung der CDU einen gänzlich anderen Verlauf. Am

³⁰ Offener Brief von Ludwig Kirsch, 4. 7. 1945 (wie Anm. 21).

³¹ Vgl. Aufruf »Christen aller Konfessionen!«, Vorbereitender Ausschuß, Chemnitz Juli 1945, ACDP III-035-019.

³² Vgl. Brief von Kirsch an die CSV in Dresden, 13. 7. 1945, ACDP III-035-019.

³³ Vgl. Gründungsprotokoll der Deutschen Demokratischen Fortschrittspartei, 12. 6. 1945, ADL, LDPD, 16322 und Artikel »Hermann Schiersand gestorben«, (o. D.), ADL, LDPD, 30559.

³⁴ Vgl. »Sitzung des Präsidiums der antifaschistischen Front am 24. 5. 1945«, ADL, LDPD, 13084.

³⁵ Vgl. hierzu auch: *Die politische Betätigung der Kommunisten in Leipzig vor der Besetzung durch die Russen (16.7.1945)*, in: *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen der US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*, hrsg. von Ulrich BORSODORF und Lutz NIETHAMMER, Wuppertal 1976, S. 117-123; außerdem Manfred UNGER, *Leipzig am Anfang der antifaschistisch-demokratischen Revolution*, in: *Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig*, 17/1970, S. 14-37.

8. Juli 1945 war die Schaffung einer Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) beschlossen worden, in der zunächst sowohl liberale als auch christliche Demokraten zusammenarbeiteten.³⁶ Zu den führenden Persönlichkeiten der Partei gehörten der Liberale Richard Pudor sowie der katholische Pfarrer und Dominikanerpater Aurelius Arkenau.³⁷

Obwohl Leipzig zunächst nicht von der Roten Armee besetzt wurde, dominierte auch hier die KPD wie im übrigen Sachsen die zukünftige Entwicklung. Nachdem die kommunistische Widerstandsgruppe um Anton Saefkow in Berlin und Georg Schumann in Leipzig verhaftet worden war, spielte seit 1944 in Leipzig das »Nationalkomitee Freies Deutschland« eine besondere Rolle.³⁸ Noch während der Besetzung der Stadt, am 19./20. April 1945, begrüßte das NKFD die amerikanischen Truppen in einem Flugblatt freundschaftlich.³⁹ In den folgenden Tagen und Wochen wuchs die »antifaschistische Bewegung« des NKFD beträchtlich an. Am 21. April umfaßte das Leipziger Komitee 38 Ortsausschüsse mit rund 4500 Mitgliedern; im Juli 65 mit rund 15.000 Organisierten.⁴⁰ Zur Ausweitung der Bewegung waren die Kommunisten nach der alten Volksfrontstrategie vorgegangen und hatten sowohl Sozialdemokraten als auch Bürgerliche einbezogen. In der Leitung arbeiteten unter anderem Erich Zeigner, der nach dem Besatzungswechsel von den Sowjets als Oberbürgermeister eingesetzt wurde, und der spätere Mitbegründer der CDU-Leipzig, Pfarrer Arkenau.⁴¹ Arkenau unterhielt seit 1943 Kontakte zu kommunistischen Widerstandsgruppen und verbarg Verfolgte des NS-Regimes vor der Gestapo.⁴²

Aufgrund des allgemeinen Verbots jeglicher politischer Betätigung wurde das NKFD am 28. April 1945 von der amerikanischen Militärregierung

36 Vgl. Karl BUCHHEIM, *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*, München 1953, S. 422, und Ekkehart KRIPPENDORF, *Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 3/1960, S. 290-309, S. 298.

37 Vgl. K. BUCHHEIM (wie Anm. 36), S. 422. Eichelbaum gibt abweichend von Buchheim an, Pudor sei früher Sozialdemokrat gewesen. Vgl. Ernst EICHELBAUM, Bericht über die Anfänge der Christlich-Demokratischen Union in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (in Leipzig), August 1982, ACDP, NL Ernst Eichelbaum, I-201-001/6, S. 7.

38 Vgl. Erich KÖHN, *Der Weg zur Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in Leipzig*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 13 (1965), S. 18-35.

39 Vgl. Faksimile des Flugblattes »Männer und Frauen von Leipzig« bei Gerhild SCHWENDLER/Kurt BALLER, *Zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD von 1939 bis 1945 in Leipzig*, in: *Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Leipzig*, 1975, S. 69-102, S. 97.

40 EBD., S. 98 und M. UNGER, *Leipzig am Anfang* (wie Anm. 35), S. 17.

41 Vgl. G. SCHWENDLER/K. BALLER, *Zum antifaschistischen Widerstandskampf* (wie Anm. 39), S. 99.

42 Vgl. Werner BRAMKE, *Sachsen unter der faschistischen Diktatur (1933-1945)*, in: *Sächsische Heimatblätter*, 4/1984, S. 156-164, S. 163.

aufgelöst.⁴³ Die Kommunisten arbeiteten dennoch im Untergrund weiter und setzten Mitte Juni bei der amerikanischen Militärverwaltung die Bildung eines Gemeinderates durch, der aus je zwölf Kommunisten, Sozialdemokraten und »Bürgerlichen« bestand.⁴⁴ Dominierende Persönlichkeit der illegal arbeitenden KPD war Fritz Selbmann, der Ende Mai, nach der Flucht von einem KZ-Transport aus München, in Leipzig angekommen war.⁴⁵ Schon kurze Zeit später verfügte Selbmann über eine direkte Verbindung zu den Russen im sowjetisch besetzten Teil,⁴⁶ wahrscheinlich auch zur KPD-Leitung in Berlin. Noch vor Eintreffen der sowjetischen Besatzungsmacht sorgte Selbmann für die Einleitung der neuen taktischen Linie, wie sie im Berliner KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 zum Ausdruck gekommen war.⁴⁷

Die KPD war somit auf den Besatzungswechsel gut vorbereitet. Am ersten Tage nach Abzug der amerikanischen Truppen war Ulbricht nach Leipzig gekommen, um die Lage zu sondieren.⁴⁸ Anfang Juli wurde die bis dahin im Untergrund arbeitende »antifaschistische Bewegung« auf einer Plenartagung in »Antifaschistischer Block Leipzig« umbenannt und die Gründung von Parteien bekanntgegeben.⁴⁹ So gelang die Einbindung der »bürgerlichen« Kräfte in den »Block«, noch ehe sie sich parteipolitisch organisiert hatten.⁵⁰

Der Aufruf der sowjetischen Militärkommandantur zur Gründung politischer Parteien Anfang Juli hatte die Leipziger Bevölkerung überrascht. Von dem Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 und den Berliner Parteigründungen hatte man bis zum Einrücken der sowjetischen Besatzungstruppen offenbar noch keine Kenntnis.⁵¹ In den Tagen darauf suchte Karl Buchheim, der an der Gründungsversammlung vom 8. Juli teilgenommen hatte, Ernst

43 Vgl. *Die politische Betätigung der Kommunisten in Leipzig* (wie Anm. 35), S. 118; außerdem Günther KRÜGER, *Die Machfrage in Leipzig 1945*, in: *Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig*, 17/1970, S. 38-40, S. 38.

44 Vgl. *Die politische Betätigung der Kommunisten in Leipzig* (wie Anm. 35), S. 119 f.

45 Vgl. Fritz SELBMANN, *Alternative – Bilanz – Credo. Versuch einer Selbstdarstellung*, Halle/Saale 1975, S. 390 ff.

46 Vgl. Brief Selbmanns an Trufanow, 9. 11. 1966, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), Zentrales Parteiarchiv der SED (ZPA SED), NL Fritz Selbmann, 113/28; außerdem F. SELBMANN, *Alternative – Bilanz – Credo* (wie Anm. 45), S. 410 f.

47 Vgl. *Die politische Betätigung der Kommunisten in Leipzig* (wie Anm. 35), S. 121 f.

48 So Walter Ulbricht in einer Rede 1958 anlässlich der Entgegennahme des Ehrenbürgerbriefes der Stadt Leipzig. Zit. nach M. UNGER, *Leipzig am Anfang* (wie Anm. 35), S. 20.

49 Vgl. *Protokoll der Plenartagung des Antifaschistischen Blocks Leipzig am 7. Juli 1945 im »Capitol«*, in: *Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig*, 17/1970, S. 41-60.

50 Der Zentralausschuß des Antifaschistischen Blocks umfaßte insgesamt 70 Persönlichkeiten. Davon gehörten 24 der KPD, 26 der SPD, acht den ehemaligen Demokraten und einer dem früheren Zentrum an. Elf Mitglieder waren parteilos. Vgl. ebd., S. 50.

51 Vgl. Carl Günter RULAND, *Geschichte der Christlich-Demokratischen Union*, 23. 6. 1947, ACDP, NL I-188-001/3.

Eichelbaum in der Absicht auf, ihn für die Mitarbeit zu gewinnen. Buchheim und zwei weitere Bekannte Eichelbaums vertraten die Auffassung, eine bürgerliche Partei müsse schleunigst gegründet werden, »damit nicht andere Unberufene uns bei den Russen zuvorkommen könnten«. ⁵² Die Aufforderung der russischen Kommandantur machte zudem die Erarbeitung eines Programms der DPD erforderlich, mit dessen Abfassung Buchheim betraut wurde. ⁵³

Anfang Juli lag dem Leipziger Kreis für seine Programmberatungen ein bislang nicht zuzuordnender programmatischer Aufruf mit dem Titel »Deutscher Sammlungsblock« vor. ⁵⁴ Der Aufruf trägt in Teilen eine deutlich christdemokratische Handschrift und diente teilweise als Vorlage für die Programmberatungen der Leipziger DPD. ⁵⁵ In dem Aufruf des »Sammlungsblocks« an die »Männer und Frauen von Leipzig!« hieß es unter anderem: »Hier ruft Euch der Block derer, welche an die besten durch den Nationalsozialismus unterbrochenen oder umgefälschten menschlich-christlich-abendländischen Überlieferungen unseres Volkes auf breitester Grundlage anknüpfen wollen.« Weiterhin wurde die Schaffung eines Rechtsstaates gefordert, »in dem alle Männer und Frauen ohne Unterschied von Herkunft, Stand, Rang, Religion und Rasse grundsätzlich gleichberechtigt sind«. Ziel des Aufrufes war »die Sammlung aller Aufbauwilligen in möglichst großen Arbeitsblocks«, deren Zahl, orientiert an den politischen Hauptgruppen, so gering wie möglich gehalten werden sollte. ⁵⁶

In 21 programmatischen Punkten wurden neben einer loyalen Zusammenarbeit mit der Militärregierung und Besatzungsarmee die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung, die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, die Erneuerung der Justiz, der Schutz des Privateigentums und die freie Unternehmertätigkeit gefordert.

Weiterhin war vom »Schutz der Familie als der natürlichen Zelle des gesamten Volkstums«, der Freiheit der Meinungsäußerung, der Vereins- und Versammlungsfreiheit und der Freiheit des religiösen Bekenntnisses die Rede.

⁵² Vgl. E. EICHELBAUM, Bericht über die Anfänge (wie Anm. 37), S. 7.

⁵³ Vgl. K. BUCHHEIM (wie Anm. 36), S. 422.

⁵⁴ Vgl. Aufruf »Deutscher Sammlungsblock (Partei) oder ? (Aufbau und Sammlungsblock?)«, o. D. (Anfang Juli 1945), ADL, NL Hans Reif, N 19/32.

⁵⁵ Fragmente der Programmentwürfe der DPD befinden sich im NL Hans Reif, ADL, N 19/122. Ein Vergleich der Textstellen der Fragmente mit dem Aufruf »Deutscher Sammlungsblock« ergibt eindeutig, daß einige wenige Teile identisch sind. Diese wurden vermutlich aus dem Aufruf »Deutscher Sammlungsblock« in die Programmentwürfe übernommen.

⁵⁶ Aufruf »Deutscher Sammlungsblock« (wie Anm. 54). Auf die Hervorhebungen im Original wurde verzichtet.

Am Schluß des Aufrufes hieß es: »Mit all dem sollen die Voraussetzungen zum Aufbau einer wahren Volksgemeinschaft in einem kommenden freien Volksstaat geschaffen werden. Überwältigende Aufgaben! Komm mit! Wir müssen es schaffen! Gründer unseres Sammelblocks sind aufbauwillige Männer und Frauen aller Schichten, Stände und Altersklassen.«⁵⁷

Auch wenn der genaue Entstehungszusammenhang dieses Dokumentes bislang noch im Dunkeln liegt, so brachte der Aufruf des »Sammelblocks« doch die Vorstellungen »bürgerlicher« Demokraten unvergleichlich klar und präzise zum Ausdruck und kann insofern auch als wichtiger Markstein auf dem Weg zur Gründung der CDU in Leipzig angesehen werden.

Die Gründer der DPD hatten für Ihre Programmberatungen offenbar verschiedene Ausschüsse eingesetzt. Überliefert ist ein Protokoll des Ausschusses für Erziehungs- und Schulfragen, der am 17. und 20. Juli 1945 tagte.⁵⁸ Die Zusammensetzung des Ausschusses zeigte ein bemerkenswertes Übergewicht des christlichen Flügels. Von vermutlich insgesamt acht Ausschußmitgliedern gehörten sechs (Arkenau, Buchheim, Eichelbaum, Dedo Müller, Ruland und Spitzner-Bender) der späteren CDU an.

In den Empfehlungen für das »demokratische Parteiprogramm« sprach man sich für ein mehrgliedriges Schulsystem aus und forderte, der Schulunterricht solle davon durchdrungen sein, »daß die europäische Kultur eine christliche Kultur ist«. Weiter hieß es: »Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach und wird gegeben von Lehrkräften, die dazu bereit sind. Die inhaltlichen Fragen des Religionsunterrichts sind in Übereinstimmung mit den Kirchen zu regeln.«⁵⁹

Parallel zu den Arbeiten am Parteiprogramm, das aufgrund der nachfolgenden Ereignisse vermutlich nie verabschiedet wurde, arbeitete der Kreis an einem Aufruf⁶⁰, mit dem man sich kurzfristig an die Bevölkerung wenden konnte. Dieser wurde nach lebhaften Debatten am 21. Juli angenommen und sollte in den folgenden Tagen als »Aufruf der Demokratischen Partei Deutschlands«⁶¹ veröffentlicht werden. Zu den namentlichen Unterzeichnern

57 EBD.

58 Vgl. »Vorschläge zum demokratischen Parteiprogramm hinsichtlich Erziehung und Schule«, o. D. (17./20. 7. 1945), ADL, NL N 19/122.

59 EBD.

60 Vgl. »Aufruf der Demokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Leipzig«, (Entwurf), ADL, NL N 19/122. Der Entwurf stimmt weitgehend mit dem am 21. Juli 1945 verabschiedeten Aufruf überein und stammt vermutlich von Karl Buchheim.

61 Der Aufruf der DPD ist abgedruckt bei E. KRIPPENDORF, *Die Gründung der LDP* (wie Anm. 36), S. 308 f. Namentliche Unterzeichner des Aufrufes waren Richard Pudor, Freiherr von Stoltzenberg, Müller-Bernhardt, Paul Nowak, Hans Reif, Karl Buchheim und Carl Günter Ruland. Als Großplakat ist der Aufruf enthalten in: ACDP, NL I-188-002/1.

und späteren CDU-Mitgründern gehörten Karl Buchheim, Paul Nowak und Carl Günter Ruland.

Vergleicht man diesen Aufruf mit dem des »Deutschen Sammlungsblocks« und den programmatischen Vorarbeiten der DPD, so vermittelt er den Eindruck eines Provisoriums mit relativ wenig Substanz. Ob dies an der gebotenen Eile, dem Kompromißcharakter zwischen liberalen und christlichen Vorstellungen oder am vorsichtigen Taktieren gegenüber der SMA lag, ist bislang unklar.

Der Inhalt des Aufrufes der Demokratischen Partei Deutschlands zeigte zudem nun das Übergewicht der liberalen Gruppe, auch wenn die programmatischen Aussagen einen gewissen Kompromißcharakter erkennen ließen. Ziel war die Neuorganisation der Kräfte aus den »früheren republikanischen Mittelparteien«. In programmatischen Schlagworten forderte die DPD: »freies Wort«, »sicheres Recht«, »gerechten Lohn«, »billiges Brot«, »kaufkräftiges Geld«, einen »friedlichen Staat« sowie »religiösen Geist«. Was bei den meisten Unionsgründungen programmatisch die erste Stelle einnahm – die Forderung nach »religiösem Geist« – stand hier an letzter. Hinzu kam der Hinweis auf die Rolle der Kirchen als »Hort der Freiheit« in der Zeit des Nationalsozialismus. Der Aufruf endete schließlich mit den Sätzen: »Es gibt kaum ein anderes Volk, das sich in Geist und Leben so weit von den religiösen Bindungen gelöst hat, wie das unsere. Man kann sich aber nicht ungestraft aus der Verantwortung vor Gott ablösen.«⁶² Zwar kam hierin das Profil der christlich orientierten Mitgründer deutlich zum Ausdruck, doch fehlten Hinweise darauf, daß die neue Partei auf den Fundamenten des Christentums und der Überwindung der Spaltung der Konfessionen ruhen sollte.

Aber auch der liberale Flügel verzichtete auf ausgeprägte programmatische Forderungen. So ließ der Aufruf Aussagen über eine liberale Wirtschaftsordnung und den Schutz des Privateigentums vermissen. Vielmehr war nur davon die Rede, daß das neue Deutschland sozial sein solle und sich wieder in die Weltwirtschaft integrieren müsse. Allerdings kam der liberale Führungsanspruch in einem Satz zum Ausdruck, der noch im Entwurf fehlte: »Das Banner der Freiheit und Einheit des Reiches, für die im Jahre 1848 die Väter der Demokratie ihr Blut gaben, ist das unsere.«⁶³

Die Diskussionen um Programm und Aufruf hatten trotz des Kompromißcharakters immer deutlicher werden lassen, daß es zwei Strömungen innerhalb der Partei gab, eine weltliche und eine christlich orientierte.⁶⁴ Hinzu kam, daß die Kommandantur überraschend eine Veröffentlichung des Aufru-

62 Aufruf der DPD (wie Anm. 61), S. 309.

63 EBD.

64 Vgl. Ernst EICHELBAUM, »Wie es in Leipzig begann«, ACDP, NL I-188-002/2.

fes verbot und die für den 29. Juli angekündigte öffentliche Kundgebung untersagte.⁶⁵ Vermutlich hatte die SMA hierzu erst jetzt Weisung aus Karlshorst erhalten, denn die Leipziger Gruppe sollte sich nun entweder dem Berliner CDUD- oder LDP⁶⁶-Aufruf anschließen. Nach den Kontroversen bei den Aufruf- und Programmberatungen hatte man auf christdemokratischer Seite bereits erwogen, »bei guter Gelegenheit, den christlichen Flügel als besondere Partei selbständig zu konstituieren«.⁶⁷ Als sich dann in wiederholten Versammlungen der DPD herausstellte, daß die Mehrheit der LDP zuneigte, entschlossen sich Ruland und Buchheim, eine Trennung von den Liberalen herbeizuführen.⁶⁸ Noch am 4. August verließ der christdemokratische Flügel eine Versammlung der Demokratischen Partei Deutschlands und konstituierte sich mit einem vorläufigen Vorstand als eigene Gruppe.⁶⁹

Dies geschah, obwohl man noch nichts von den Gründungen in Chemnitz und Dresden erfahren hatte.⁷⁰ Über die Berliner Aktivitäten waren ebenfalls noch keine genauen Informationen nach Leipzig gelangt. Erst in den nächsten Tagen sickerte durch, daß sich in Berlin und Dresden eine Partei unter dem Namen »christliche Demokraten« zusammengefunden hatte.⁷¹ Daraufhin bedrängte der Universitätsprofessor und Theologe Dedo Müller Eichelbaum, sich sofort in die Reichshauptstadt zu begeben und Verbindung mit dem Berliner Kreis aufzunehmen. Als Anfang August der Kontakt zu Hermes und Kaiser hergestellt war, konnte ein inzwischen gebildeter Leipziger Aktionsausschuß Ende des Monats den Berliner Gründungsaufruf veröffentlichen.⁷²

Schon in den Tagen nach der Aufforderung der SMA, sich einer der Berliner Parteigründungen anzuschließen, hatte die Leipziger DPD beschlossen, Hans Reif als Emissär mit Verhandlungsvollmachten nach Berlin zu schicken, um dort Klarheit zu gewinnen. Reif sprach in Berlin sowohl mit Kütz als auch mit Kaiser und entschied sich schließlich für die LDP.⁷³

65 Vgl. E. KRIPPENDORF, *Die Gründung der LDP* (wie Anm. 36), S. 299.

66 Bis 1951 lautete die offizielle Abkürzung des Parteinamens LDP.

67 E. EICHELBAUM, »Wie es in Leipzig begann« (wie Anm. 64).

68 Vgl. K. BUCHHEIM (wie Anm. 36), S. 422.

69 EBD., S. 423. Vgl. außerdem C. G. RULAND, »Geschichte der CDU« (wie Anm. 51).

70 Vgl. K. BUCHHEIM (wie Anm. 36), S. 423.

71 Vgl. E. EICHELBAUM, »Bericht über die Anfänge« (wie Anm. 37), S. 7 f. und E. EICHELBAUM, »Wie es in Leipzig begann« (wie Anm. 64).

72 Vgl. Gründungsaufruf der CDUD »Deutsches Volk!«, ACDP III-035-115. Der Aufruf war außer von den Berliner Gründern von einem »Aktionsausschuß Leipzig« unter Führung Carl G. Rulands unterzeichnet worden. Zu den weiteren Unterzeichnern gehörten Aurelius Arkenau, Karl Buchheim, Martin Dietze, Herbert Dost, Ernst Eichelbaum, Richard Hartmann, Albert Hofmann, Heinz Lachmann, Ernst Lewek, Heinz Lohmann, Curt Matthes, Max Meyer, Dedo Müller, Paul Nowak, Adolf Plohm, Joseph Rambo, Johannes Schmidt, Bernhard Singer, Gustel Spitzner-Bender und Otto Splet.

73 Vgl. E. KRIPPENDORF, *Die Gründung der LDP* (wie Anm. 36), S. 299.

Ursache der Spaltung der DPD waren die unterschiedlichen Motive zur Gründung einer neuen politischen Partei. Wie in den anderen Zentren der Unionsgründung glaubten auch die christlich orientierten Leipziger DPD-Mitgründer an eine Erneuerung der Politik aus christlichem Geiste. Anscheinend noch vor Veröffentlichung des Berliner Gründungsaufufes in Leipzig erschien ein offener Brief »Deutsche Christen!«⁷⁴ des CDUD-Unterbezirks, der dies klar zum Ausdruck brachte.

Nach der Abspaltung von der DPD verzichteten die Leipziger Christdemokraten darauf, eine eigene Programmatik zu entwickeln; vielmehr wurde die Gruppe jetzt zunehmend von den Berliner und Chemnitzer Vorstellungen beeinflusst. Noch vor Zulassung der Partei erschien ein Handzettel unter der Überschrift »Was will die Christlich-Demokratische Union?«⁷⁵, der bereits Auszüge aus dem Berliner Gründungsaufuf beinhaltete. Zudem wurde darauf hingewiesen, daß hiermit »allen christlich Orientierten« noch kein fest umrissenes Programm vorgelegt werde, sondern sich dieses von unten herauf entwickeln müsse.

Der Einfluß der Chemnitzer CVP zeigte sich an den in diesen Tagen erschienenen Leitsätzen der Leipziger Union. Das neun Punkte umfassende Programm enthielt nahezu wörtlich die Leitsätze der Chemnitzer CVP. Allerdings hatten die Leipziger einen zusätzlichen Punkt aufgenommen: »Die CDU tritt ein für den Wiederaufbau unseres zerschlagenen Wirtschaftslebens auf der Grundlage des Privateigentums, der Beschränkung der staatlichen Eingriffe auf das Notwendige und der selbstverantwortlichen Mitarbeit aller Schaffenden in Stadt und Land.«⁷⁶ Dieser Programmpunkt lag nicht nur auf der Berliner Linie, sondern brachte auch die liberale Wirtschaftstradition der ehemaligen Handelsmetropole zum Ausdruck. Damit unterschieden sich die Leitsätze in einem wesentlichen Punkt von den Chemnitzer Forderungen.⁷⁷

Bei der Formulierung politischer Positionen stellten sich in den ersten Wochen noch zahlreiche Schwierigkeiten ein. Dies zeigte auch die öffentliche Gründungsveranstaltung am 15. September. Als Hauptredner war Walther Schreiber aus Berlin angekündigt. Da Schreiber aber kurzfristig absagen mußte, wurde der Mitarbeiter der CDUD-Reichsgeschäftsstelle, Remelé, mit seiner Vertretung betraut.⁷⁸ Vor den etwa 300 Teilnehmern der Veranstaltung

74 Vgl. Offener Brief »Deutsche Christen!«, CDUD, Unterbezirk Leipzig, o. D., (vermutlich Anfang August 1945), ACDP, NL I-188-002/1.

75 Vgl. Handzettel »Was will die Christlich-Demokratische Union?«, ebd.

76 Vgl. »Leitsätze der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Unterbezirk Leipzig«, o. D., ebd.; veröffentlicht, in: *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland* (wie Anm. 29), Qu. 175, S. 701.

77 Wie die Leipziger CDUD Kenntnis von den Chemnitzer Leitsätzen erhalten hat, ob über Berlin, Dresden oder durch direkte Verbindung nach Chemnitz, war nicht zu ermitteln.

78 Vgl. Brief Rulands an Hermes, 17. 9. 1945, ACDP, NL I-188-002/1.

sprach Remelé vom Militarismus der Vergangenheit und hatte dabei offenbar in herabsetzender und entehrender Form über die deutschen Soldaten gesprochen.⁷⁹ Folge war, daß kurz darauf einige Gäste die Veranstaltung verließen und der hoffnungsvoll begonnene Auftakt der Leipziger Gruppe mißlang.

Am 22. August 1945 wurde die CDU vom Kriegskommandanten der Stadt Leipzig, Generalleutnant Trufanow, registriert und genehmigt.⁸⁰ Die Anerkennung durch die SMA wurde jedoch erst erteilt, nachdem Hickmann in Leipzig persönlich versichert hatte, die Gruppe sei ihm und darüber hinaus Berlin unterstellt.⁸¹ Dies zeigte deutlich das große Interesse der SMAD an einer einheitlichen Parteibildung in der SBZ. In einem Gespräch zwischen Semjonow und Hermes am 10. Juli in Karlshorst war dies bereits zum Ausdruck gekommen.⁸²

Die Rolle der Kirchen

Auch im übrigen Sachsen erfolgten wie in Chemnitz, Dresden und Leipzig zahlreiche Gründungen »spontan, aber auf reifem Feld«.⁸³ Die in dieser Formulierung umspannten Elemente des Neubeginns und der Kontinuität galten nicht nur für Berlin.⁸⁴ Auch in Sachsen gab es Verbindungslinien zu Weimar und zum Widerstand. In Dresden hatten seit 1937 Besprechungen in der Wohnung von Reimer Mager stattgefunden, an denen neben Martin Richter weitere Mitglieder des 1933 aufgelösten Christlich-Sozialen Volksdienstes teilnahmen. Bei einer dieser Besprechungen war auch Elfriede Nebgen anwesend.⁸⁵

⁷⁹ Vgl. A. Kannegießer an Rechtsanwalt C. G. Ruland, Leipzig am 16. 9. 1945 über die CDU-Gründung in Leipzig, in: *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland* (wie Anm. 29), Qu. 170, S. 687-688, S. 687.

⁸⁰ Vgl. »Stab Kriegskommandantur der Stadt Leipzig den 22. August 1945. Genehmigung«, ACDP III-035-115.

⁸¹ Vgl. Ekkehart KRIPPENDORF, *Die Liberal-Demokratische Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1948. Entstehung, Struktur, Politik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 21), Düsseldorf 1961, S. 28, FN 2.

⁸² Vgl. Protokoll der Besprechung vom 10. Juli 1945, in: Peter HERMES, *Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1963*, Saarbrücken 1963, S. 104-106, S. 104 f.

⁸³ Vgl. Materialien Ruth MATTHAES (Bericht, o. D./1981), ACDP, NL Ruth Matthaes, I-297-001. Die Spontanität der Gründung vor dem Hintergrund der geistigen Vorbereitung während des Widerstandes im »Dritten Reich« betont auch Kurt WITT, *Wie die Union entstanden ist*, in: *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, bearb. und hrsg. von Ossip K. FLECHTHEIM, Bd. 1, Berlin 1962, S. 5-14, S. 7.

⁸⁴ Vgl. W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950* (wie Anm. 20), S. 193.

⁸⁵ Vgl. Materialien R. MATTHAES (wie Anm. 83).

Ein Element des Neubeginns war die Rolle der Kirchen, die weitgehend intakt die Zeit des Nationalsozialismus überdauert hatten.⁸⁶ Führende Männer der Union gehörten der Bekennenden Kirche an, so Martin Richter (Dresden) und Adalbert Küntzelmann (Chemnitz). Küntzelmann war ebenso wie Ludwig Kirsch 1935 in das Konzentrationslager Sachsenburg verschleppt worden und gehörte nach 1945 zu den Mitbegründern der CDU in Chemnitz.

Als Repräsentanten des anderen Deutschland verfügten die Kirchen über ausreichende moralische Autorität, um bei einem Neubeginn führend zu wirken. Wichtig war auch der logistische Hintergrund sowie Möglichkeiten der Kommunikation innerhalb der Gemeinden. So übersandte beispielsweise das evangelisch-lutherische Pfarramt Peter-Paul zu Reichenbach im Vogtland der CSV-Geschäftsstelle auf Anfrage Anfang August »105 Blatt Papier«⁸⁷.

In Chemnitz wurde die gesamte Verwaltungsarbeit des Kreisverbandes bis April 1946 im Privatbüro des Vorsitzenden Kirsch abgewickelt.⁸⁸ Auch beim ersten Kreistag der Chemnitzer Union griff man auf Räumlichkeiten der Kirchengemeinde zurück. Zutritt wurde nur Delegierten mit einem Ausweis gewährt, der den Amtsstempel der Union oder den eines evangelischen, katholischen oder freikirchlichen Pfarramtes trug.⁸⁹ Auch Flugblattaktionen fanden häufig vor den Kirchen statt.⁹⁰ Für die Mitgliederwerbung forderte hierzu der Landesverband die Kreisverbände und Ortsgruppen ausdrücklich auf.⁹¹

Standen Kirchenvertreter auch selten, wie Ludwig Kirsch, an exponierter Stelle, so förderten sie doch häufig die CDU und gaben ihr Starthilfe.⁹² Bei der Gründung vieler Orts- und Kreisverbände der Union in Sachsen waren die Kirchen erste Anlaufstellen, und zahlreiche Pfarrer arbeiteten in den Vorständen der neuen Ortsgruppen mit.

Schon Mitte August hatte der Dresdner Kreis zahlreiche Pfarrer angeschrieben und dabei die Richtlinien der CSV, einen Handzettel »Warum CSV« sowie weitere Materialien übersandt.⁹³ Trotz der engen Verbindung

⁸⁶ Vgl. auch W. BECKER, *Die CDU im demokratischen Neubeginn 1945/46* (wie Anm. 29), S. 339.

⁸⁷ Vgl. Brief von Paul Unger an Hermann Voigt, 9. 8. 1945, ACDP III-035-029.

⁸⁸ Vgl. CDU, Kreis Chemnitz-Stadt, Jahresbericht 1946, 15. 12. 1946, ACDP VII-011-799.

⁸⁹ Vgl. Einladung der CDUD-Chemnitz zum Kreistag, 20. 9. 1945, ACDP III-035-019.

⁹⁰ Vgl. beispielsweise Flugblatt der CDU-Ortsgruppe Chemnitz »Christen, habt Ihr den Ruf gehört? Wer zögert noch?«, o. D. (November 1945), ACDP III-035-019.

⁹¹ Vgl. Rundschreiben Nr. 5 des CDU-Landesverbandes Sachsen, 3. 10. 1945, ACDP III-035-061.

⁹² Vgl. W. BECKER, *Die CDU im demokratischen Neubeginn 1945/46* (wie Anm. 29), S. 399.

⁹³ Vgl. beispielsweise Aufstellung Adressenlisten für Rundschreiben, 14. 8. 1945, ACDP III-035-016.

der CSV zu den Kirchen legten die Dresdner Gründer Wert darauf, die Pfarrer bei der politischen Arbeit nicht zu exponieren.⁹⁴

In den meisten Rundschreiben wurde darum gebeten, Führungspersönlichkeiten für den Aufbau der Union ausfindig zu machen und die Verbindung nach Dresden herzustellen. Angeschrieben wurden in diesem Zusammenhang auch alle Superintendenten.⁹⁵ Ziel der Rundschreiben war dabei nicht nur die Gewinnung vor allem der evangelischen Christen, aber auch der katholischen, sondern sogar Methodisten und Baptisten sollten zu »ernerster Mitarbeit verpflichtet werden«.⁹⁶

Der überraschend schnelle Aufschwung der christdemokratischen Bewegung – Ende Dezember 1945 hatte die sächsische Union bereits 20.259 Mitglieder⁹⁷ – lag nicht zuletzt an der personellen Verflechtung von Kirche und Union, die in dem katholischen Pfarrer Kirsch und dem protestantischen Theologen Hickmann augenfällig wurde.⁹⁸

Sicherlich hat auch ein in den Anfangsjahren vorhandenes Konkurrenzdenken⁹⁹ der beiden Konfessionen die schnelle Mitgliederentwicklung in Sachsen bewirkt. Nachdem in zahlreichen Fällen Persönlichkeiten des ehemaligen Zentrums den Anstoß zur Gründung einer überkonfessionellen Partei gegeben hatten, achteten die evangelischen Führungskreise um Hickmann und Hermann Voigt beim Aufbau der Partei von Anfang an argwöhnisch darauf, daß »die evangelischen Kreise nicht zurückstehen, sondern die Führung übernehmen, wie sich das gehört!«¹⁰⁰

Auffällig war daher der hohe Anteil der Katholiken in der CDUD: In

94 Vgl. Schreiben Hermann Voigts an Linus Mitschke, 10. 8. 1945, ACDP III-035-016.

95 Vgl. Brief von Hermann Voigt an den Bruder von Hugo Hickmann, Pfarrer Johannes Hickmann, 15. 8. 1945, ACDP III-035-027.

96 Vgl. Brief von Hermann Voigt an Pfarrer Amelung, 17. 8. 1945, ACDP III-035-029.

97 Vgl. Tab. Mitgliederbestand der CDUD-Landesverbände, Stand: 1. 1. 1946 und 31. 12. 1946, ACDP VII-011-799.

98 Vgl. auch Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU (D)*, in: *SBZ-Handbuch (wie Anm. 9)*, S. 515-543, S. 521.

99 Konkurrenzdenken zeigte schon der Bericht über die Entwicklung der CDU aus dem Jahre 1946 (wie Anm. 5). Die Beteiligung der Protestanten am Gründungsprozeß wurde dort überbetont. Über die Bildung der Ortsgruppen hieß es: »Bemerkenswert ist, daß die ersten Kreisverbände im Erzgebirge gegründet wurden, wo ausschließlich eine evangelische Bevölkerung vorhanden ist. (...) In der Gegend um Bautzen, die sich zu einem großen Prozentsatz aus römisch-katholischen Einwohnern zusammensetzt, wurden dagegen nur drei Ortsgruppen 1945 gegründet. Im ganzen gesehen, muß betont werden, daß die Ortsgruppen-Neugründungen im Jahre 1945 in betont evangelischen Kreisen durchgeführt wurden.« Gleichwohl war Bautzen Ende 1945 mit 5188 Mitgliedern der mitgliederstärkste Bezirk der CDU-Sachsen. Vgl. Arbeitsbericht der CDU-Sachsen an die SMA für den Monat Februar 1946, 4. 3. 1946, ACDP III-035-006.

100 Vgl. Schreiben Hickmanns an Erich Sorgenfrei, 7. 9. 1945, ACDP III-035-016; vgl. auch Schreiben Voigts an Mitschke, 10. 8. 1945 (wie Anm. 94).

den sechs Landesverbänden stellten sie im September 1947 40 Prozent der Mitglieder, bei einem Bevölkerungsanteil von nur elf Prozent.¹⁰¹

Die Kirchen waren Grundkonstanten der CDUD-Gründungen in ganz Sachsen, aber auch im übrigen Deutschland.¹⁰² In Oberfrohna hatte der evangelische Pfarrer Ernst-Günter Haß Ende Juni 1945 zufällig im Rundfunk gehört, daß in Berlin die CDU als dritte antifaschistische Partei gegründet worden war.¹⁰³ Das Ansinnen des von den Amerikanern eingesetzten SPD-Bürgermeisters, ebenfalls eine CDU-Ortsgruppe zu gründen, um im »Demokratischen Block« ein Gegengewicht zur KPD zu schaffen, lehnte Haß zunächst ab. Erst als der Ortsgeistliche der benachbarten Stadt Limbach, der dort die Gründung einer Ortsgruppe betrieb, Haß erneut aufforderte, stimmte dieser zu und übernahm Anfang August den Vorsitz der CDU.

Zu den frühen und selbständigen Gründungen gehörten Reichenbach im Vogtland und Annaberg im Erzgebirge. Die in Reichenbach bereits am 3. Juli 1945 erfolgte Gründung war ohne den Kontakt zur Dresdner CSV zustande gekommen.¹⁰⁴ Als der Dresdner Kreis sich Mitte August um Verbindung nach Reichenbach bemühte, erfuhr man, daß dort bereits eine CDU-Ortsgruppe bestand.¹⁰⁵ Unter Führung des Stadtrates Karl Orlamünder hatte sich die Ortsgruppe in den folgenden Wochen sogar zum CDU-Bezirksverband Vogtland erklärt, obwohl nach den Berliner und Dresdner Organisationsstatuten die Ortsgruppe zum Kreisverband Plauen gehörte.¹⁰⁶

In Annaberg trafen sich am 9. Juli 1945 30 Einwohner im Pfarrsaal der katholischen Kirche, um eine christliche Partei zu gründen.¹⁰⁷ In Döbeln war es Rudolf Bohlmann, der im Juli erste Vorbereitungen zur Gründung einer »bürgerlichen« Partei traf.¹⁰⁸ Im Kreis Kamenz ergriffen ehemalige Mitglieder des Zentrums im August/September 1945 die Initiative.¹⁰⁹ In der Stadt Böhlen bei Leipzig trafen Heinz Urban und andere erste Vorbereitungen zur Gründung einer Ortsgruppe, nachdem sie vom Aufruf der CDUD-Berlin gehört hatten.¹¹⁰

101 Vgl. S. SUCKUT, *CDUD* (wie Anm. 98), S. 521.

102 Vgl. auch Siegfried SUCKUT, *Von der Opposition zum Bündnis. Zur Entwicklung der DDR-CDU von 1945 bis 1952*, in: *Kirche im Sozialismus*, 5/1982, S. 50-55, S. 51.

103 Vgl. auch im folgenden Ernst-Günter Haß, »Die Anfänge (1945/46) der Ortsgruppe Oberfrohna (Kreis Chemnitz) der CDUD«, ACDP, NL Ernst-Günter Haß, I-300-003.

104 Gründungsmitglieder waren insgesamt 24 Personen, davon 17 ev., 1 ev.-luth. und 6 röm. kath. Vgl. Bericht über die Entwicklung der CDU (wie Anm. 5); vgl. außerdem Artikel »Die Arbeit der Union in Sachsen«, *Neue Zeit*, Nr. 62, 2. 10. 1945, S. 2.

105 Vgl. Schreiben von Franz Bley an Hermann Voigt, 22. 8. 1945, ACDP III-035-029.

106 Vgl. Brief von Martin Richter an Karl Orlamünder, 9. 10. 1945, ACDP III-035-029.

107 Vgl. Hans ZILLIG, *In der Mitarbeit gewachsen und gereift. Zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der CDU 1945 bis 1952* (Beiträge zur Geschichte), o.O. 1975, S. 15 f.

108 Vgl. Bericht Rudolf BOHLMANN, o. D., ACDP III-035-177.

109 Vgl. Materialien R. MATTHAES (wie Anm. 83).

110 Eigene Information.

In Eibenstock im Kreis Aue-Schwarzenberg hatte sich im August 1945 eine Deutsche Demokratische Partei unter Führung von Hugo Schenk gebildet.¹¹¹ Ob sich die Partei der Dresdner CSV oder den Liberaldemokraten anschließen werde, war zunächst offen. Am 20. August übermittelte die Dresdner CSV auf Anfrage sogar die Anschrift der sächsischen LDP-Partei-Zentrale nach Eibenstock. In dem Schreiben wurde zudem darauf hingewiesen, daß die »Christlich-Soziale Volkspartei oder Christlich-Demokratische Union, wie es in Berlin heißt, ... ein und dieselbe (ist)«. ¹¹² Ausschlaggebend für den Anschluß an die Union war offenbar dann Martin Richter, den Schenk noch aus früheren Zeiten kannte.¹¹³

In den folgenden Wochen wurde der weitere Aufbau der Partei zunehmend von den sächsischen Zentren, besonders von Dresden aus, gesteuert.¹¹⁴ Zahlreiche Gründungen kamen jetzt auch dadurch in Gang, daß der Berliner-Gründungsaufruf öffentlich gemacht wurde¹¹⁵ oder Funktionäre des Landesverbandes in die Städte und Gemeinden reisten.¹¹⁶

Dresdner Führungsanspruch, Zulassung und einheitlicher Parteiname

Autonomie und regionale Unterschiede der Gründungsvorgänge machten eine Vereinheitlichung von Organisation und Programmatik erforderlich. Zweifellos wurde das Bekenntnis »Wir gehören alle zusammen«, wie es in einem Brief¹¹⁷ der Dresdner Gründer hieß, allgemein geteilt. Unklar waren jedoch Name, Programmatik und Organisationsstrukturen der neuen Partei.

111 Vgl. Schreiben der »Demokratischen Partei Eibenstock und Umgebung«, Hugo Schenk, an die CSV in Dresden, Hugo Hickmann, 14. 8. 1945, ACDP III-035-016.

112 Vgl. Brief von Martin Richter an Hugo Schenk, 20. 8. 1945, ACDP III-035-016.

113 Vgl. Brief von Schenk an Richter, 22. 8. 1945, ACDP III-035-016.

114 In einem Brief an einen Pfarrer in Eibau/Oberlausitz vom 11. August 1945 hieß es: »Herr Martin Richter ... legt Wert darauf, daß wir Ihnen die anliegenden Richtlinien zuleiten. Sie wollen daraus entnehmen, welche Grundlage sich die in Sachsen geschaffene Christlich-Soziale Volkspartei gegeben hat. Diese Richtlinien sind unlängst von evangelischen und katholischen Männern einhellig gebilligt worden. Ein eigenes Auftreten der Zentrumspartei kommt somit nicht in Frage. (...) Mit der Christlich-Demokratischen Union in Berlin und Chemnitz, die das gleiche vorstellen, stehen wir natürlich in enger Verbindung. Wir alle gehören zusammen.« Vgl. Brief von Hermann Voigt an Pfarrer Haan, Eibau/Oberlausitz, 11. August 1945, ACDP III-035-161.

115 So hatten beispielsweise die Gründer einer Ortsgruppe im Kreis Dresden-Land erstmals Berührung mit der neuen Partei, als der Gründungsaufruf im August/September 1945 an den Litfaßsäulen der Stadt Dresden erschien. Vgl. Benno KOHLA, Zur Geschichte der CDU im Kreis Dresden-Land, 8. 10. 1962, ACDP III-035-095.

116 Ruth Matthaes berichtet, daß zu den Gründungen auf Ortsebene insbesondere Walter Lindner und sie unterwegs waren. Lindner hatte dabei immer ein Standardreferat zur Verfügung, das vorher der SMA vorgelegt werden mußte. Vgl. Materialien R. MATTHAES (wie Anm. 83).

117 Vgl. Brief von Hermann Voigt an Pfarrer Haan, 11. August 1945 (wie Anm. 114).

Chemnitz konnte unter den sächsischen Gründungszentren – durch die frühen Aktivitäten Kirschs zu einer Vorreiterrolle gelangt – gewiß Anspruch auf Führung erheben. Die zu erwartende Rivalität zwischen den beiden Zentren des Landes, Leipzig und Dresden, blieb aus, da den Leipzigern durch die amerikanische Besatzung und die Besonderheiten des dortigen Gründungsverlaufes nur noch die Unterordnung unter die Führung der Dresdner Gruppe blieb.

Dresden hatte seinen Führungsanspruch bereits am 8. Juli 1945 deutlich gemacht. Mit Gründung der CSV wollte die Dresdner Gruppe »zu gleicher Zeit die Arbeiten für die Landesleitung übernehmen«. ¹¹⁸ Diese Haltung resultierte aus dem Selbstverständnis, mit dem Sitz in der traditionsreichen Landeshauptstadt sei automatisch die Führung innerhalb Sachsens verbunden. Offenbar dachte man aber auch in Chemnitz an eine Ausdehnung der dort etablierten Christlichen Volkspartei. ¹¹⁹ In einem Brief vom 13. Juli wies Kirsch den Führungsanspruch der Dresdner entschieden zurück, indem er unmißverständlich feststellte, »daß weder Dresden noch Chemnitz noch irgendeine andere Stadt das Recht hat, von sich aus für ganz Sachsen oder gar – wie etwa der Aufruf der Demokraten – für ganz Deutschland zu sprechen«. ¹²⁰

Ursache der Meinungsverschiedenheiten war auch das Vorgehen der Dresdner Gruppe hinsichtlich eines Richtlinienentwurfes für die CSV. In der ersten Arbeitssitzung hatte Hickmann einen Entwurf vorgelegt, ¹²¹ der offenbar auf den Chemnitzer Leitsätzen beruhte, aber ohne Einverständnis Kirschs überarbeitet worden war. Im einzelnen bemängelte Kirsch den wiederholten Gebrauch des Wortes »Volksgemeinschaft« sowie einige allzu-sehr an »deutschnationale Gedankengänge« erinnernde Formulierungen und verwies darauf, daß dies unter Umständen die Genehmigung des ganzen Textes in Frage stellen könne. Kirsch bat die Dresdner Freunde daher, bis zu seiner Rückkehr aus Berlin mit der Vorlage ihres Textes bei der Kommandantur zu warten. ¹²²

In Dresden war wenige Tage später, am 21. Juli 1945, in einer Versammlung mit etwa 70 Teilnehmern die Christlich-Soziale Volkspartei offiziell ins Leben gerufen und Hugo Hickmann zum Vorsitzenden eines zwölfköpfigen Arbeitsausschusses gewählt worden. ¹²³

¹¹⁸ Vgl. Niederschrift Besprechung 8. 7. 1945 (wie Anm. 6).

¹¹⁹ Der offene Brief Kirschs sowie der »Aufruf an das Volk« von Anfang Juli 1945 waren mit »Christliche Volkspartei Kreis Chemnitz« überschrieben, während der Zusatz der Ortsbezeichnung bei den Leitsätzen wohlweislich fehlte (wie Anm. 21, 22, 28).

¹²⁰ Vgl. Brief von Kirsch an die CSV, 13. 7. 1945 (wie Anm. 32).

¹²¹ Vgl. Niederschrift Arbeitssitzung 10. 7. 1945 (wie Anm. 11).

¹²² Vgl. Brief von Kirsch an die CSV, 13. 7. 1945 (wie Anm. 32).

¹²³ Vgl. »Niederschrift über die Versammlung der Freunde der CSV«, 21. 7. 1945, ACDP III-035-001; außerdem H. ZILLIG (wie Anm. 107), S. 15.

Der evangelische Theologe Hickmann, schon vor dem Ersten Weltkrieg in Leipzig als Hochschulprofessor tätig, hatte 1922 für die DVP ein Landtagsmandat übernommen und war so 1926 Vizepräsident des Sächsischen Landtages geworden. Seit seinem Eintritt in die DVP 1919 hatte er sich besonders um die Lösung der kulturpolitischen Fragen und sozialen Anliegen bemüht.¹²⁴ Bereits vor dieser Zeit war Hickmann in dem Kreis um Friedrich Naumann in der christlich-sozialen Bewegung tätig. Vor 1933 war der spätere sächsische CDU-Landesvorsitzende Präsident der evangelischen Landessynode.¹²⁵ 1933 bis 1945 hatte er Berufsverbot. Hickmann galt daher als Persönlichkeit mit politischer Erfahrung, vor allem aber als respektabler Repräsentant der evangelischen Christen.¹²⁶ Erst diese Kombination machte es möglich, den Vorsitz der neuen Partei zu übernehmen, obwohl die Initiative zur Gründung der CSV von anderer Seite ausgegangen war. Ein Vorsitzender aus dem katholischen Lager war – wollte man das Zentrum nicht wiederbegründen, sondern eine überkonfessionelle Volkspartei schaffen – aufgrund des Kräfteverhältnisses evangelischer und katholischer Christen in Sachsen undenkbar.¹²⁷

Zur Durchsetzung des Dresdner Führungsanspruches wurde der Arbeitsausschuß von der Gründungsversammlung mit der Führung der Geschäfte im Lande Sachsen sowie der Herstellung von Kontakten zu anderen Parteigruppen christlicher Demokraten beauftragt.¹²⁸ Hickmann, der nun aus erheblich gestärkter Position agieren konnte, versuchte jetzt alles, um einen einheitlichen Parteaufbau unter Führung Dresdens durchzusetzen. In einem Brief an den evangelischen Pfarrer und Mitstreiter Kirschs, Schulze, forderte Hickmann zunächst ausdrücklich die Führung der evangelischen Christen in der neuen Partei. Nur unter dieser Voraussetzung habe man den Zusammenschluß in Dresden verantwortet. Er empfahl seinem Glaubensbruder daher »dringend, ... weniger die Verbindung mit Berlin zu pflegen als die

¹²⁴ Nach anderen Angaben war Hickmann zeitweilig auch Mitarbeiter Stresemanns. Vgl. K. WITT (wie Anm. 83), S. 9.

¹²⁵ Vgl. S. SUCKUT, *CDUD* (wie Anm. 98), S. 521. Das SBZ-Handbuch gibt abweichend an, Hickmann sei Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Gemeindetages gewesen. Vgl. *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 9), S. 931.

¹²⁶ Über Hickmann liegt bislang keine Biographie vor. Im Januar 1950 wurde er zum Rücktritt gezwungen, aller Ämter enthoben und am 1. Juni 1950 aus der Partei ausgeschlossen. Bis zu seinem Tode (1955) lebte er in der DDR und war Verbindungsmann der Exil-CDU in Sachsen. Von der DDR-Historiographie wurde er verfehmt, in der Bundesrepublik ist sein Wirken weitgehend unbekannt. Ein Nachlaß scheint nicht zu existieren.

¹²⁷ Nach einer Aufstellung des CDU-Landesverbandes Sachsen vom November 1946 waren von 5,3 Millionen Einwohnern 84 % evangelisch-lutherisch, 10 % römisch-katholisch und 6 % konfessionell nicht gebunden. Vgl. Jahresbericht der CDU-Sachsen, 1946, Anlage 11, ACDP VII-011-803.

¹²⁸ Vgl. H. ZILLIG (wie Anm. 107), S. 15.

mit Dresden«. ¹²⁹ Dies solle nach Möglichkeit, so Hickmann, auch bei der Namensgebung der Partei in Chemnitz maßgebend sein.

Der Brief verfolgte offenbar die Absicht, Chemnitz auf die Dresdner Aktivitäten festzulegen und das eigenständige Vorgehen Kirschs zu hintertreiben. Darüber hinaus wurde deutlich, daß die überwiegend katholisch geprägte Gründungsphase nun zu Ende gehen sollte und Hickmann als Repräsentant der evangelischen Christen, die in Sachsen mehr als Dreiviertel der Bevölkerung ausmachten, nun die Führung innerhalb der christlich orientierten Parteigründungen einforderte.

Bereits am 25. Juli hatte der von Hickmann berufene Geschäftsführer der CSV, Hermann Voigt, in einem ersten Rundschreiben Verbindung mit Gleichgesinnten im Lande aufzunehmen versucht. ¹³⁰ Nach mehreren Beratungen waren dann die Richtlinien der CSV endgültig in der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 31. Juli verabschiedet worden. ¹³¹ Auf dieser Grundlage sollte nun der einheitliche Parteaufbau erfolgen.

In einem weiteren Rundschreiben vom 2. August 1945 wurden die Richtlinien einem größeren Kreis übersandt und die Bildung von zunächst 16 Arbeitskreisen angeregt. ¹³² Hickmann verwies dabei darauf, daß die Richtlinien nunmehr vom »interkonfessionellen Arbeitsausschuß« einhellig angenommen worden seien. Um die Genehmigung der Partei durch die russische Besatzungsmacht nicht zu gefährden, bat er darum, das übersandte Material vertraulich zu behandeln. Auch in den weiteren Rundschreiben dieser Tage wurde darauf hingewiesen, daß man in Kürze mit der Zustimmung der Besatzungsmacht rechnen. Nach Zulassung der Partei wolle man in die öffentliche Werbung eintreten. Weiter hieß es in einem dieser Anschreiben: »Aber es muß vorher alles im Stillen vorbereitet werden, damit genug Freunde interessiert sind, die dann hervortreten können.« ¹³³ Bei der Beschlußfassung über die Richtlinien waren die Anregungen Kirschs, der nicht zuletzt auf möglicherweise auftretende Schwierigkeiten bei der SMA verwiesen hatte, offensichtlich berücksichtigt worden.

Die Richtlinien vom 1. August 1945 faßten in zehn programmatischen Punkten die wesentlichen Ziele der CSV zusammen. ¹³⁴ Das deutsche Volk sollte »aus christlichem Geist« erneuert werden und eine »demokratische Volksordnung« den »Aufbau einer Volksgemeinschaft nach sozialen Grundsätzen ermöglichen«. Ferner forderte man den Wiederaufbau des Rechts-

¹²⁹ Vgl. Brief Hickmanns an Schulze, 4. 8. 1945, ACDP III-035-019.

¹³⁰ Vgl. hierzu Schreiben von Pfarrer Amelung an Hickmann, 1. 8. 1945, ACDP III-035-029.

¹³¹ Vgl. »Niederschrift über die Sitzung der CSV, am 31. 7. 1945«, ACDP III-035-001.

¹³² Vgl. Rundschreiben der CSV vom 2. 8. 1945, ACDP III-035-061 und »Richtlinien für die Christlich-soziale Volkspartei«, Dresden, 1. 8. 1945, ADL, LDPD, 18538.

¹³³ Vgl. Brief von Voigt an Pfarrer Amelung, 17. 8. 1945 (wie Anm. 96).

¹³⁴ Vgl. auch im folgenden Richtlinien für die CSV, 1. 8. 1945 (wie Anm. 132).

staates, der Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie freie Meinungsäußerung und das »Recht der Eltern auf christliche Unterweisung und Erziehung ihrer Kinder«.

Das Postulat nach »Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Sicherstellung der werktätigen Bevölkerung bis zum Tode« ging auf die Chemnitzer Leitsätze zurück. Auch war jetzt nur noch die Rede von einer »würdigen nationalen Haltung, ... in unserer bedrückenden Lage und unter bitterer Not« und der Zusatz »auch gegenüber den Siegermächten« entfiel. Erst eine spätere Fassung der Richtlinien, die bereits den Namen CDU trug, enthielt einen zusätzlichen Punkt, in dem der Schutz des »Privateigentums ... als Grundlage wirtschaftlicher Selbständigkeit und persönlicher Unabhängigkeit« verlangt wurde.¹³⁵ In einer weiteren Fassung der Richtlinien nahm man in den folgenden Wochen auch noch die Forderung nach Erhalt des Berufsbeamtentums auf.¹³⁶ Insgesamt spiegelten die Richtlinien am ehesten die Berliner Vorstellungen wider. Die Chemnitzer Leitsätze betonten dagegen stärker als in Berlin und Dresden die Rückbesinnung auf transzendente Werte des Christentums.

Zur Unterstreichung des Dresdner Führungsanspruches erarbeitete der interkonfessionelle Ausschuß auch einen Aufruf für Sachsen. Noch vor der abschließenden Beratung am 14. August 1945 war der Berliner Aufruf »Deutsches Volk!« am 26. Juli eingehend besprochen worden.¹³⁷ In der Sitzung vom 7. August hatte der Arbeitsausschuß dann beschlossen, erst den Dresdner Aufruf bei der russischen Besatzungsbehörde zur Genehmigung einzureichen. Nur im Falle der Ablehnung wollte man den Berliner Aufruf übernehmen.¹³⁸

Der Dresdner Aufruf zeigte insgesamt einen eigenständigen und substantiellen Charakter und stand auf hohem Niveau. Im Kern deckten sich die Forderungen mit dem Berliner Aufruf und den Chemnitzer Leitsätzen. Einige Abschnitte ließen sich unmittelbar auf die Berliner oder Chemnitzer Aussagen zurückführen. Bemerkenswertester Unterschied zu den Chemnitzer Forderungen war auch hier die auf den Berliner Aufruf zurückgehende

135 Vgl. »Richtlinien für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands«, o. D. (vermutlich Mitte August 1945), ACDP III-035-061.

136 Vgl. »Richtlinien für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands«, o. D. (Oktober 1945), ebd. Die Richtlinien in dieser Fassung sind veröffentlicht bei H. WEBER (Hrsg.), *Parteiensystem* (wie Anm. 6), S. 132 f.

137 Vgl. »Niederschrift über die am 14. 8. 1945 stattgefundene Sitzung des Arbeitsausschusses«, ACDP III-035-001 und »Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses«, 26. 7. 1945, ebd.

138 Vgl. »Niederschrift über die am 7. 8. 1945 stattgefundene Sitzung des Arbeitsausschusses der CSV«, ACDP III-035-001.

Bejahung des Privateigentums als »unersetzliche Grundlage wirtschaftlicher und persönlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit«. ¹³⁹

Neben der Durchsetzung des Dresdner Führungsanspruches sowie der Forderung nach einer bestimmenden Rolle der evangelischen Christen ging es den Dresdner Gründern ebenso darum, alles zu vermeiden, was den Eindruck erwecken konnte, bei der neugegründeten CSV/CDU handele es sich um eine Wiederbelebung des Zentrums. Dies hatte Hickmann in zahlreichen Schreiben der ersten Wochen immer wieder betont. ¹⁴⁰ Hätte sich dieser durchaus naheliegende Eindruck in der Bevölkerung bestätigt, so wäre die neue Parteigründung auf das äußerste gefährdet gewesen. Zentrum und Christlich-Sozialer Volksdienst hatten bei den Reichstagswahlen vom September 1930 in Sachsen zusammen lediglich 3,4 Prozent erhalten. ¹⁴¹

Für die weitere Entwicklung der Partei mußte jedoch entscheidend werden, wie sich die Situation in der alten Reichshauptstadt darstellte. Hickmann selbst war bereits im Juli zu ersten Gesprächen nach Berlin gereist. ¹⁴² Dort befand sich der Aufbau der Partei in vollem Gange. Nach der großen öffentlichen Gründungskundgebung am 22. Juli im Theater am Schiffbauerdamm sowie zahlreichen Berliner Stadtteilgründungen erfuhr man im Juli von gleichgerichteten Aktivitäten in Thüringen und Greifswald. ¹⁴³ Ende August berichtete Otto Lenz nach einer Erkundungsreise im Westen über den Stand der Unionsgründung in der britischen Zone. ¹⁴⁴

Anfang August reiste der ehemalige Gewerkschaftssekretär Martin Richter, vermutlich auf Weisung Hickmanns, nach Berlin, um vor dem Gründungsausschuß über die Parteibildung in Sachsen zu berichten. ¹⁴⁵ Richter verwies auf die Gründung der Christlich-Sozialen Volkspartei, die sich zunächst unabhängig von der CDU entwickelt habe, jetzt aber die Eingliederung als Landesverband in die Union betreibe. Die Bereitschaft zur Eingliederung entsprach dem Willen zur Bildung einer großen bürgerlichen, die Konfessionen übergreifenden Partei, war aber gleichzeitig der entscheidende

¹³⁹ Vgl. »Aufruf der Christlich-Sozialen Volkspartei für Sachsen«, o. D. (14. 8. 1945), ACDP III-035-061.

¹⁴⁰ Vgl. beispielsweise Schreiben Hickmanns an Ernst Kallabis, 4. 9. 1945, ACDP III-035-030.

¹⁴¹ Vgl. Tab. »Stimmanteile der Parteien in Sachsen 1922-1930«, in: Hans FENSKE, *Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte*, Frankfurt/M. 1972, S. 291.

¹⁴² Vgl. Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949*, Stuttgart u. a. 1969, S. 59. Die Angabe Conzes geht offenbar auf den Erinnerungsbericht »Zu den Parteigründungen in der Zone« (anonym), 2 S., o. D., zurück. Vgl. BA, Nachlaß Jakob Kaiser, N 1018/252. In den Sitzungsprotokollen des Berliner Gründerausschusses vom 19. und 25. Juli 1945 findet sich für den Besuch Hickmanns kein Hinweis. Vgl. ACDP VII-010-708.

¹⁴³ Vgl. Protokoll der 4. Sitzung des Gründungsausschusses, 25. Juli 1945, ACDP VII-010-708.

¹⁴⁴ Vgl. Brief von Lenz an Hermes, 27. 8. 1945, Abschrift, BA, NL N 1018/129.

¹⁴⁵ Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Gründungsausschusses, 2. 8. 1945, ACDP VII-010-708.

Schritt zur Durchsetzung des Führungsanspruchs der Dresdner. Schließlich konnte Hickmann davon ausgehen, daß man Dresden als sächsische Zentrale anerkennen würde. Dies lag nicht zuletzt am organisatorischen Aufbau der SMAD, die auch in Dresden die SMA-Verwaltung für das Land Sachsen untergebracht hatte. Gleichwohl zeigte die CSV einen gewissen Unabhängigkeitsanspruch, wollte sie doch ihren bisherigen Parteinamen als Untertitel weiterführen. Dies war jedoch nicht auf programmatische Unterschiede zurückzuführen, sondern wohl eher auf den Stolz einer eigenständigen – wenn auch kurzen – Gründungsgeschichte. Schließlich hatte die CSV von Beginn an betont, daß sie mit der CDU in Berlin auf gleichem Boden stehe und mit dieser engstens zusammenarbeite.¹⁴⁶

Für die Berliner Gründer wurde die Vereinheitlichung des Parteiaufbaues über die Grenzen der Reichshauptstadt hinweg damit zunehmend vordringlich. Am 9. August setzte der Gründerkreis daher einen Organisationsausschuß ein, der in der Woche darauf »Richtlinien für die Organisation der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands« verabschiedete.¹⁴⁷ Einheitliche Richtlinien für den sächsischen Parteiaufbau konnte Richter aus Berlin demnach nicht mitnehmen.

Der Streit um den Parteinamen und die Führung in Sachsen wurde schließlich durch eine Entscheidung außerhalb der Reihen der sächsischen Christdemokraten beigelegt. Am 21. August 1945 erteilte die Dresdner Kommandantur die Bestätigung über die Registrierung der Partei, »allerdings unter Annahme der Berliner Parteibezeichnung Christlich-Demokratische Union«.¹⁴⁸ In einem Brief Martin Richters an den Chemnitzer Pfarrer Schulze vom selben Tage hieß es: »Heute hat die russische Kommandantur die Registrierung unter dem Namen Christlich-Demokratische Union vollzogen. So werden wir durch russischen Druck zu einem einheitlichen Namen kommen.«¹⁴⁹

Als engerer Landesvorstand der CDU-Sachsen waren Hugo Hickmann, Friedrich Koring, Franz Jensch, Kurt Hoegg, Martin Richter und Hans Lanka der SMA gemeldet worden. Dieser Vorstand war zunächst auch für den Stadtbezirk Dresden zuständig, aber bereits wenige Tage nach der Registrierung wurde Richter als kommissarischer Geschäftsführer für den Kreisverband Dresden eingesetzt.¹⁵⁰ Da der Berliner Parteiname für

146 Vgl. beispielsweise Schreiben Voigts an Mitschke, 10. 8. 1945 (wie Anm. 94).

147 Vgl. Protokoll der 6. und 7. Sitzung des Gründungsausschusses, 9. 8. 1945, 17. 8. 1945, ACDP VII-010-708.

148 Vgl. »Niederschrift über die am 21. 8. 1945 stattgefundene Sitzung des Arbeitsausschusses«, ACDP III-035-001.

149 Brief Martin Richters an Pfarrer Schulze, 21. 8. 1945, ACDP III-035-019.

150 Vgl. »Niederschrift über die am 28. 8. 1945 stattgefundene Sitzung des Arbeitsausschusses«, ACDP III-035-001.

ganz Sachsen Geltung haben sollte, war somit auch der Konflikt zwischen Chemnitz und Dresden entschieden. Noch am selben Tage teilte Kirsch unter dem Briefkopf »Christlich-Demokratische Union, Ortsgruppe Chemnitz« Hickmann mit, die offizielle Genehmigung sei auch in Chemnitz erteilt, in der nächsten Woche könne der Berliner Aufruf groß an den Plakatsäulen erscheinen.¹⁵¹

Neben Chemnitz wurden zahlreiche weitere Gruppen am 21. und 22. August unter der Berliner Parteibezeichnung genehmigt. Nach Bestätigung des engeren Vorstandes durch die SMA am 25. des Monats erschien der Berliner Gründungsaufruf mit den Dresdner Unterschriften¹⁵² einige Tage darauf. Erst jetzt konnte die CDU auf breiter Front in die öffentliche Werbung eintreten. Aber bereits wenige Tage später begann mit der Bodenreform und der entschädigungslosen Enteignung der Großgrundbesitzer die kommunistisch gesteuerte »antifaschistisch-demokratische Umwälzung«.

Die Entscheidung der SMAD, den Berliner Parteinamen für das gesamte sowjetisch besetzte Gebiet festzuschreiben, bedeutete in gewisser Weise auch eine Vorentscheidung für die Namensfindung der Union in ganz Deutschland. Die Entschließung Nr. 1 auf dem Godesberger »Reichstreffen«¹⁵³ enthielt ausdrücklich den Hinweis: »Um insbesondere die Verbundenheit mit unseren politischen Freunden im Osten zu bekunden, wird beschlossen, den gemeinsamen Namen anzunehmen: Christlich Demokratische Union Deutschlands«.¹⁵⁴

151 Vgl. Brief Kirschs an Hickmann, 21. 8. 1945, ACDP III-035-019.

152 Der Aufruf wurde in einigen Punkten unwesentlich geändert. Er trug das Datum 25. August 1945 und war für die CDUD, Landesverband Sachsen, von folgenden Personen unterzeichnet: »Dr. Herbert Conert, E. H. I. Fennig, Dr. Otto Fiebiger, Otto Freitag, August Galland, Dr. Dorothea Haenel-Dietrich, Maria Hampel, Wolfram von Hanstein, Edmund Haupt, Hanns Herziger, D. Hugo Hickmann, Kurt Hoegg, Adolf Hofmann, Dr. Georg Jäckel, Franz Jensch, Dr. Heinrich König, Friedrich Koring, Hans Lanka, Gertrud Leske, Walter Lindner, Dr. Max Georg von Loeben, Hubert Moderegger, Gustav Noack, Martin Richter, Fritz Riebold, Gerhard Rohner, Karl Rudolph, Dr. Herbert Sattler, Dr. Hermann Vogel von Frommannshausen, Hans Hermann Weiße«. Vgl. Aufruf »Deutsches Volk!«, Dresden, 25. 8. 1945, ACDP III-035-115.

153 Das Treffen in Godesberg war auf Initiative der Berliner Unionsführung zustande gekommen. Hermes hatte allerdings von der SMAD keine Reiseerlaubnis erhalten und mußte daher seine Rede auf der Tagung verlesen lassen. Wichtigster Beschluß des Treffens war die Einigung auf den gemeinsamen Namen »Christlich-Demokratische Union Deutschlands«. Vgl. hierzu Karl ZIMMERMANN, *Die erste Reichstagung der CDU in Bad Godesberg am 14., 15. und 16. Dezember 1945* (Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, Heft 3) Köln 1946; außerdem die Rede von Hermes bei Fritz REICHARDT, *Andreas Hermes*, Neuwied 1953, S. 455-473.

154 Vgl. Entschließung Nr. 1, in: K. ZIMMERMANN (wie Anm. 153), S. 12.

Mitgliederstärke und Sozialstruktur des CDU-Landesverbandes Sachsen sowie parteipolitische Zugehörigkeit der Mitglieder vor 1933

Seit dem Sommer hatte die CDUD in der sowjetisch besetzten Zone eine rasch anwachsende Zahl von Anhängern gefunden. Ende August 1945 gab es in Groß-Berlin 21 Kreisverbände, in Thüringen zwei und Sachsen-Anhalt einen. In Brandenburg war die Parteigründung nur schleppend angelaufen und auch Mecklenburg verfügte erst über neun Ortsgruppen.¹⁵⁵ Sachsen dagegen hatte am Ende des Monats bereits elf Kreisverbände, im September schon 23 von später insgesamt 34.¹⁵⁶ Ende Oktober zeigte sich der Vorsprung noch deutlicher. In Berlin und Brandenburg verfügte die CDU über 110, in Sachsen-Anhalt über 135, in Thüringen 77, Mecklenburg-Vorpommern 52, in Sachsen aber schon über die beeindruckende Zahl von 450 Ortsgruppen.¹⁵⁷ Damit hatte sich die sächsische Union innerhalb der CDUD frühzeitig zum führenden Landesverband entwickelt.

Dieser Trend bestätigte sich auch in den folgenden Monaten. Anfang November waren in Sachsen 11.852 Personen Mitglied der CDU, einen Monat später 16.714. Am Ende des Jahres war ein Stand von 20.259 erreicht.¹⁵⁸ Auch der Aufbau der Kreisverbände fand Ende Dezember einen vorläufigen Abschluß, nachdem die Union in 31 Kreisen durch die SMA bestätigt worden war.¹⁵⁹

Unter den Bezirken war Chemnitz in den ersten Monaten mit knapp 3000 Mitgliedern am stärksten.¹⁶⁰ Ursache hierfür war der unermüdete Einsatz Kirschs und der zeitliche Vorsprung der Chemnitzer Gründung. Schon im August führte die Chemnitzer Gruppe fünf öffentliche Versammlungen mit rund 1600 Teilnehmern durch.¹⁶¹ Im übrigen aber war das Verhältnis zwischen den Bezirken Dresden (2500), Leipzig (2300) und Bautzen (2600) nahezu ausgeglichen. Nur der Bezirk Zwickau war mit rund

155 Vgl. W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950 (wie Anm. 20)*, S. 191.

156 Vgl. »Kreisverbände des Landesverbandes Sachsen der CDU«, 1946, ACDP VII-011-803.

157 Vgl. P. HERMES (wie Anm. 82), S. 51. Andreas Hermes nannte in seiner Rede für das »Reichstreffen« in Bad Godesberg folgende Zahlen: Berlin (117), Sachsen-Anhalt (154), Thüringen (94), Mecklenburg (52) und Sachsen (450) Ortsgruppen. Vgl. *Eröffnungsrede auf dem ersten Reichstreffen der Anhänger der CDU (1945)*, in: F. REICHARDT (wie Anm. 153), S. 455-473, S. 466 f. Der Widerspruch, der sich zu anderen Zahlenangaben ergibt, läßt sich vermutlich darauf zurückführen, daß 1945 noch keine genaue Unterscheidung zwischen registrierten und nichtregistrierten Ortsgruppen erfolgte und »Stützpunkte« ebenso als Ortsgruppen erfaßt wurden.

158 Eigene Zusammenstellung über die »Mitgliederentwicklung der CDU in Sachsen nach Bezirken 1. November 1945 bis 1. Juni 1947«, aus: ACDP III-035-006/007/008.

159 »Kreisverbände des Landesverbandes der CDU« (wie Anm. 156).

160 Die Zahlen im folgenden auf der Basis vom 1. November 1945. Vgl. Mitgliederentwicklung der CDU in Sachsen nach Bezirken (wie Anm. 158).

161 Vgl. H. ZILLIG (wie Anm. 107), S. 15.

1600 Mitgliedern etwas schwächer. Erst 1946 entwickelte sich Dresden zum mitgliederstärksten Bezirk, gefolgt von Leipzig und Bautzen.

Am deutlichsten zeigte sich die Stärke des sächsischen CDU-Landesverbandes anhand der Mitgliederzahlen. Die 20.259 Mitglieder Ende 1945 entsprachen knapp 36 Prozent aller Unionsmitglieder der SBZ einschließlich Berlins.¹⁶² Zweitstärkster Verband war Sachsen-Anhalt (18 %) mit 10.000 Mitgliedern, gefolgt von Berlin (16 %) und Thüringen (14 %) mit knapp 9000 bzw. 8000 sowie Mecklenburg (9 %) und Brandenburg (9 %) mit je ca. 5000 Mitgliedern.¹⁶³ Insgesamt verfügte die CDUD in den sechs Landesverbänden Ende 1945 über rund 57.000 Mitglieder.

Der prozentuale Anteil der Mitglieder der CDU-Sachsen am Gesamtverband (ohne Berlin!) betrug am 1. Januar 1946 sogar 42,34 Prozent.¹⁶⁴ Dies war vor allem auf den frühen Beginn der sächsischen Unionsgründungen zurückzuführen. Am Ende des Jahres 1946 betrug der Anteil Sachsens an den Landesverbänden ohne Berlin immerhin noch 31,22 Prozent.

Der schnelle Start der sächsischen Union bei den Ortsgruppengründungen und die damit verbundene rasche Steigerung der Mitgliederzahlen in den ersten Nachkriegsmonaten kamen deutlich in den prozentualen Zuwachsraten des Jahres 1946 zum Ausdruck: Der sächsische Landesverband steigerte seine Mitgliederzahlen im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1946 »nur« noch um 192 Prozent; hingegen erreichten Mecklenburg (457 %), Brandenburg (398 %), Thüringen (355 %) und Sachsen-Anhalt (333 %) weit höhere Steigerungsraten. Berlin erreichte einen Mitgliederzuwachs von 98 Prozent.¹⁶⁵ Bei einer Zuwachsrate von 297 Prozent für die gesamte SBZ (ohne Berlin) lag Sachsen also weit unter dem Durchschnitt.

Ein realistisches Bild über die Stärke des sächsischen CDU-Landesverbandes innerhalb der CDUD ergibt sich jedoch erst, wenn man den Bevölkerungsanteil Sachsens in Relation zur Höhe der Mitglieder setzt. Im Oktober 1946 lebten 32,1 Prozent der Bevölkerung der fünf Länder der sowjetisch besetzten Zone in Sachsen.¹⁶⁶ Ende 1946 entsprach der Mitgliederanteil der CDU-Sachsen mit 59.264 Mitgliedern bei einem Bestand der CDUD von 207.543 (einschließlich Berlins) 28,5 Prozent.¹⁶⁷ Rechnet man nur auf der Basis der CDU-Mitglieder der fünf Länder (189.807), ergibt sich für die CDU-Sachsen ein Anteil von rund 31,22 Prozent. Dies entsprach annähernd dem Bevölkerungsanteil Sachsens.

162 Vgl. Tab. Mitgliederbestand CDUD-Landesverbände (wie Anm. 97).

163 Prozentangaben nach oben gerundet.

164 Eigene Berechnung.

165 Vgl. Tab. Mitgliederbestand CDUD-Landesverbände (wie Anm. 97).

166 Vgl. Tab. Ausgewählte Daten zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur (wie Anm. 1).

167 Vgl. Tab. Mitgliederbestand CDUD-Landesverbände (wie Anm. 97).

Der CDUD gelang damit bereits im zweiten Halbjahr 1945 ein Aufschwung aus dem Nichts.¹⁶⁸ Möglich geworden war dies nicht zuletzt durch die Berliner Zentrale. Der unermüdliche Emil Dovifat reiste im Frühherbst 1945 durch die Zone und hielt Versammlungen ab, die zur Gründung von Ortsgruppen führten.¹⁶⁹ In Sachsen veranstaltete Dovifat Rednerschulungen, auf denen das Programm der CDU erläutert wurde. Hermes befand sich im Herbst auf einer Rundreise im Sächsischen, die vermutlich überall zu Gründungen führte.¹⁷⁰

Antrieb für einen schnellen Aufbau der Partei gab auch die Konkurrenz zur LDP und dem damit verbundenen Wettlauf um die bürgerlichen Mittelschichten. In allen Ländern außer Mecklenburg lagen die Liberalen noch im Dezember 1945 bei den Mitgliederzahlen vor der Union. Die sächsische LDP hatte rund ein Drittel mehr Mitglieder als die CDU. Der Vorsprung konnte jedoch ein Jahr später ausgeglichen werden. Im Dezember 1946 war der Mitgliederstand in Sachsen mit rund 59.000 (CDU) bzw. 58.000 (LDP) annähernd gleich. Die Mitgliederzahlen der bürgerlichen Parteien nahmen sich allerdings recht bescheiden aus angesichts der Tatsache, daß KPD (110.000) und SPD (105.000) Ende 1945 zusammen über rund 215.000 Mitglieder verfügten. Ein Jahr später waren in Sachsen rund 525.000 Personen Mitglied der SED.¹⁷¹

Die Mitgliederstruktur der CDUD zeigte von Anfang an das Spektrum einer Volkspartei.¹⁷² Neben Angestellten (18 %), Beamten (9 %), Bauern (10 %), Handwerkern (9 %), Kaufleuten (6 %) und Freien Berufen (6 %) betrug der Anteil der Arbeiter im CDU-Landesverband Sachsen im April 1946 17 Prozent.¹⁷³ In den Handels- und Dienstleistungszentren Leipzig und Dresden war der Anteil der Arbeiter mit 15 Prozent bzw. 13 Prozent erwartungsgemäß niedrig, während er im Industrieviertel Chemnitz bei 21 Prozent lag. Bemerkenswert hoch war der Anteil der Hausfrauen mit 23 Prozent.

168 Vgl. W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950 (wie Anm. 20)*, S. 195.

169 Vgl. W. CONZE (wie Anm. 142), S. 59.

170 Vgl. Materialien R. MATTHAES (wie Anm. 83).

171 Eigene Zusammenstellung aus Angaben des *SBZ-Handbuchs* (wie Anm. 9), S. 458, 479, 510, 540, 570.

172 Vgl. auch W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950 (wie Anm. 20)*; außerdem Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, hrsg. von Günter BUCHSTAB, Stuttgart 1993, S. 95. Für den Landesverband Sachsen liegen Daten über die Sozialstruktur für das Jahr 1945 nicht vor, da noch keine Mitgliederkartei geführt wurde. Vgl. Bericht an die SMA vom 8. Dezember 1945, ACDP III-035-006.

173 Daten auf der Basis vom 1. April 1946. Eigene Zusammenstellung der »Berufsstruktur der Mitglieder der CDU-Sachsen nach Bezirken 1946«, aus: ACDP VII-011-803.

Relativ niedrig war der Anteil der Mitglieder des CDU-Landesverbandes, die vor 1933 einer politischen Partei angehört hatten.¹⁷⁴ Am 1. Dezember 1946 waren von insgesamt 59.120 Mitgliedern 95,4 Prozent vor 1933 politisch nicht organisiert. Von den verbleibenden 2722 Mitgliedern (4,6 %) gehörten 34,8 Prozent dem ehemaligen Zentrum an. Die zweitstärkste Gruppe bildete die Deutschnationale Volkspartei mit 15,2 Prozent, gefolgt von der DVP mit 13,85 Prozent. 12,2 Prozent der ehemaligen Parteiangehörigen waren vor 1933 Mitglieder der SPD, 3,3 Prozent (absolut 89 Mitglieder) entstammten sogar der ehemaligen KPD.

An der Gesamtzahl der Mitglieder der CDU-Sachsen gemessen, war der Anteil der ehemaligen Parteiangehörigen eher gering. Dem Zentrum gehörten vor 1933 1,6 Prozent, der DNVP 0,7 Prozent, der DVP und der SPD je 0,6 Prozent der Mitglieder an. Relativ stark vertreten war noch der Christlich-Soziale Volksdienst mit 0,55 Prozent der CDU-Mitglieder. 0,78 Prozent der Mitglieder gehörten der ehemaligen NSDAP beziehungsweise deren Gliederungen an¹⁷⁵ und waren vom Sonderausschuß der Blockparteien rehabilitiert worden.

Die relative Stärke der ehemaligen Angehörigen des Zentrums zeigte sich auch bei den Funktionsträgern der Partei.¹⁷⁶ Eine Statistik des Landesvorstandes, der Abteilungsleiter und der Kreisvorstände der CDU Sachsens (Stand 1. Dezember 1946) ergibt, daß zwei Drittel (66 %) vor 1933 parteilos waren, das Zentrum aber mit 17 Prozent den bei weitem größten Teil der Funktionäre stellte. Erst mit 5 Prozent folgte die DVP.

Der hohe Anteil der vor 1933 parteilosen Mitglieder (95,4 %) signalisierte einen Neubeginn. Kontinuitätsmerkmale zeigten sich dagegen nicht nur in der Statistik aller Funktionsträger des Landesverbandes, sondern auch in der Landesverbandsführung selbst.¹⁷⁷ Von den vierzehn im Februar 1946 gewählten Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes waren fünf (Hans-Hermann Weiße, Karl Orlamünder, Werner Löffler, Ernst Eichelbaum und Gerhard Schelzel) vor 1933 parteilos.¹⁷⁸ Bemerkenswert hoch war der Anteil ehemaliger Zentrumsmitglieder, zu denen die beiden stellvertretenden

¹⁷⁴ Vgl. auch im folgenden Zusammenstellung »Parteizugehörigkeit vor 1933 der Mitglieder des Landesverbandes«, ACDP VII-011-799.

¹⁷⁵ Nach Erlaß neuer Entnazifizierungsbestimmungen durch Befehl Nr. 201 der SMAD vom 18. August 1947 meldete der Landesverband einen Anteil von 5,4 % ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Vgl. S. SUCKUT, *CDUD* (wie Anm. 98), S. 522.

¹⁷⁶ Vgl. »Statistik des Landesvorstandes, der Abteilungsleiter der Landesverbandes und der Kreisvorstände«, ACDP VII-011-799.

¹⁷⁷ Vgl. auch W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950* (wie Anm. 20), S. 193 f.

¹⁷⁸ Vgl. auch im folgenden »Geschäftsführender Landesvorstand, gewählt am 23./24. Februar 1946«, ACDP VII-011-799. Die Angabe zu Werner Löffler aus *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 9), S. 968.

Vorsitzenden (Friedrich Koring und Franz Jensch) und die Beisitzer (Ludwig Kirsch, Paul Bruger und Paul Nowak) gehörten. Dies entsprach zwar dem prozentualen Anteil der Zentrumsmitglieder (34,8 %) aller vor 1933 parteipolitisch Organisierten. Dennoch waren damit im Hinblick auf die Gesamtmitgliedschaft die ehemaligen Funktionäre des Zentrums weit überrepräsentiert. Nur zwei Vorstandsmitglieder (Hugo Hickmann, Otto Freitag) kamen aus der DVP, zwei weitere (der Nachfolger Löfflers Walter Bergmann und Walter Lindner) gehörten vor 1933 der DNVP an.¹⁷⁹ Ein Mitglied des Landesvorstandes (Ruth Matthaes) kam aus dem Christlich-Sozialen Volksdienst. Untersucht man die konfessionelle Zugehörigkeit, zeigt sich, daß die Protestanten im Landesvorstand durch acht, die Katholiken durch sechs Mitglieder vertreten waren.¹⁸⁰

Die sächsische Unionsgründung hatte sich somit als erfolgreicher Neubeginn erwiesen. Der im gesamten Reich erfolgte Neuanfang einer überkonfessionellen, christlich orientierten Parteigründung war auch in Sachsen zum tragenden Ausgangspunkt geworden. Bemerkenswert waren Autonomie und Dynamik der sächsischen CDU-Gründungen. Das Land gehörte damit zu den führenden Zentren christlich orientierter Parteigründungen im gesamten Reich.

Der Gründungsverlauf der ersten Wochen war zwar weitgehend frei von Einflüssen der KPD und SMAD. CDU und LDP wurden jedoch von Anfang an in die kommunistisch dominierten »Blockausschüsse« eingebunden. Diese verordnete, wenn auch zunächst noch freiwillige Einbindung in den »Block«, engte den Handlungsspielraum der sächsischen Union von Anfang an erheblich ein. Hinzu kam der von der »Gruppe Ackermann« zielstrebig aufgebaute und kommunistisch kontrollierte Verwaltungsapparat im Lande. Schon die in den Gründungsprozeß fallende Bodenreform zeigte, daß KPD und SMAD nicht gewillt waren, eine freie und unabhängige Entwicklung der CDU zuzulassen.

179 Angabe nach einer Aufstellung vom 13. Oktober 1945 des CDUD-Kreisverbandes Dresden, ACDP III-035-095; ebenso Aufstellung »Vorstände der Kreisverbände«, ACDP VII-011-799; ebenso *SBZ-Handbuch (wie Anm. 9)*, S. 868, 967. In der Aufstellung »Geschäftsführender Landesvorstand, 23./24. Februar 1946« wird für Bergmann »keine« Parteizugehörigkeit, für Lindner »DVP« angegeben. Ruth Matthaes und Winfried Becker (vermutlich unter Berufung auf Matthaes) geben abweichend an, Lindner und Bergmann gehörten vor 1933 zum Christlich-Sozialen Volksdienst. Vgl. Materialien R. MATTHAES (wie Anm. 83); W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950 (wie Anm. 20)*, S. 194. Wahrscheinlich gehörten sie zunächst der DNVP an und traten später dem 1929 gegründeten CSVD bei.

180 Vgl. Wahl des Landesvorstandes am 24. Februar 1946, ACDP VII-011-803. Zur ev.-luth. Kirche gehörten: Hickmann, Freitag, Orlamünder, Matthaes, Lindner, Löffler und sein Nachfolger Bergmann, Eichelbaum sowie Schelzel. Röm.-kath. Glaubens waren: Koring, Jensch, Weiße, Bruger, Kirsch und Nowak.

Aufruf¹⁸¹ der Christlich-Sozialen Volkspartei für Sachsen

Deutsche Männer, deutsche Frauen!

Wohin euer Weg? Das nationalsozialistische Reich, in Vermessenheit auf ein Jahrtausend oder für Ewigkeiten gegründet, ist in jähem, schmachvollem Sturz zusammengebrochen. So mußte es kommen. Was auf Gewalt und Lüge aufgebaut ist, hat keinen Bestand. Die Hinterlassenschaft einer gewissenlosen Staatsführung sind seelische Verwüstung und trostlose Trümmerstätten. Unzählige haben alles verloren und stehen vor dem Nichts. Ein Heer von heimatlosen ist auf den Landstraßen unaussprechlichem Elend preisgegeben. Über aller Zukunft liegt das Dunkel totaler Ungewissheit und Unsicherheit. Alles droht in einem ausweglosen Chaos zu versinken.

Uns ist die ungeheuer schwere Aufgabe gestellt, Trümmer wegzuräumen, neue Grundlagen für einen Wiederaufbau zu suchen und unser verstörtes Volk wieder zu seinem besseren Selbst zurückzuführen.

So rufen auch wir, evangelische und katholische Deutsche, auf, eure aufbauwilligen Kräfte zu sammeln in der »Christlich-Sozialen-Volkspartei« zur Mitarbeit an einer christlich-sozialen Erneuerung des deutschen Volkslebens auf der Grundlage demokratischer Volksordnung.

Aus nationalem Zusammenbruch und sittlichem Niedergang kann nur geistige und sittliche Erneuerung wieder aufwärts führen. Hierzu wollen wir die Kräfte christlichen Glaubens und christlicher Sittlichkeit im öffentlichen Leben zum Einsatz bringen.

Wir sind kein Sammelplatz für Ewiggestrige, stellen uns vielmehr entschieden in die antifaschistische Einheitsfront zu vorurteilsfreiem Zusammenwirken mit allen, die guten Willens sind, besonders auch mit unseren Mitchristen, die in anderen Parteien gemeinsame Ziele verfolgen. Von den Verirrungen des unheilvollen Nazi-Systems muß unbedingt Abkehr durchgesetzt werden.

Haß und Rachsucht, Unduldsamkeit und Mechanisierung des Lebens trieben unser Volk in schwerste Gefahr. Der Geist roher Gewaltherrschaft ist der Feind von Kultur und Menschenwürde; er muß aus unseres Volkes Denken und Handeln verschwinden. Dagegen sind die für das Volkswohl unentbehrlichen Persönlichkeitswerte wieder zur Geltung zu bringen.

Das deutsche Volk muß zu einer Notgemeinschaft zusammenwachsen, die geistig heute schon auch die Millionen Kriegsgefangenen umschliesst, die nach Heimkehr das neue deutsche Leben mit gestalten werden. Gerechtigkeit, Opfersinn, Bruderliebe gehören zum Fundament eines Demokratischen Staatswesens, das wir besonders gefördert sehen

1. im staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau in kleineren Lebenskreisen, besonders in der Selbstverwaltung der Gemeinden und ihrer Verbände und in der freien Gestaltung der Organisationen aller Berufe und Stände, die ihre Belange zum Wohle des Ganzen einzusetzen bereit sind;

181 ACDP, III-035-061, o.D. (abschließend beraten am 14. August 1945).

2. durch eine Staatsverfassung, die den Einsatz aller aufbauwilligen und aufbaufähigen geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zum Nutzen von Staat, Volk und Wirtschaft verbürgt;
3. im freiheitlichen Mitwirken dieser Kräfte an der Bildung des staatlichen Willens im staatsaufbauenden und staatsershaltenden Sinne in den Volksvertretungen.

Der Aufstieg der breiten Massen und ihre Eingliederung zu freiem staatsbewußten Handeln ist uns wichtigste Aufgabe wahrer Staatskunst.

Die Beschaffung und Sicherung von Arbeit und Verdienst, namentlich in der Landwirtschaft und Industrie, im Bergbau, Handel und Handwerk als Hauptpfeiler unserer Volkswirtschaft muß ein vordringliches Anliegen des Staates sein. Besonders liegt uns daran, unserer Jugend für berufliches Fortkommen im staatlichen und wirtschaftlichen Leben freien Raum zu schaffen.

Wir bejahen das Privateigentum als unersetzliche Grundlage wirtschaftlicher und persönlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Im erwiesenen Volksinteresse notwendige Verstaatlichungen, die auch der Ertragssteigerung dienen, sind nach gerechten Grundsätzen durchzuführen.

In allem muß erkennbar werden: der Staat ist für das Volk da, nicht das Volk für den Staat.

Äusserste Sparsamkeit in der Finanzgebarung ist allenthalben harte Notwendigkeit, doch soll sie nicht zu unnötigen Härten und zu Ungerechtigkeit führen. Niemand darf einen Vorteil oder Gewinn aus dem verlorenen Krieg oder den Nöten der Nachkriegszeit für sich beanspruchen.

Unser nationales Unglück müssen wir gemeinsam tragen, wobei die Lasten nach Gerechtigkeit und Billigkeit zu verteilen sind. Untragbare Verluste des Einzelnen durch Kriegsschäden muß die Gesamtheit mittragen. Für Arbeitslose, Schwerbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Ausgebombte, Evakuierte, Flüchtlinge und Opfer des Naziterrors ist gesetzlich angeordnete Staatshilfe festzulegen, desgleichen für nach opfervollem Einsatz heimkehrende Soldaten zu deren wirtschaftlicher Sicherung und Eingliederung ins bürgerliche Leben.

Über allem steht das Lebensrecht und der Lebenswille des deutschen Volkes. Der Staat und die anderen öffentlichen Gemeinwesen alleine vermögen jedoch die entgegenstehenden Nöte dieser Zeit nicht zu bezwingen. Jeder Einzelne muß in sittlicher Verantwortung alle seelischen und körperlichen Kräfte unverdrossen und selbstlos zum Wohle des Ganzen einsetzen.

Ehe und Familie sind als Lebenszellen des Volkes und als Grundlagen des Staates unter allen Umständen zu schützen, namentlich bei Kinderreichtum. Planvolles Wohnungs- und Siedlungswesen ist in diesen Dienst zu stellen. Die in der Schöpfungsordnung begründeten häuslichen und erzieherischen Aufgaben der Frau und Mutter haben Anspruch auf ehrfürchtige Würdigung.

Jede ehrliche Arbeit hat Anspruch auf Anerkennung und darf nicht zum Frondienst herabsinken. Auf Grund eines freien Koalitionsrechts ist allen Gelegenheit zu bieten, in unabhängigen Standesvertretungen ihre Berufs- und Lebenslage zu heben, ihre Wohlfahrt zu sichern und am Fortschritt der gesamten Volkswirtschaft mitzuarbeiten. Auch bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ist die wahrhaft soziale Gesinnung entscheidend. Sie wird von der Überzeugung geleitet, daß der Mensch unendlich viel wichtiger ist als alle Sachwerte. Wir bekennen uns zum Aufbau einer auf Schutz von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Erwerbstätigen gerichteten Sozialpolitik.

Die Versicherungs- und Schutzgesetze der Erwerbstätigen zur Selbstverwaltung den Gewerkschaften zu übertragen, halten wir für ein erstrebenswertes Ziel. Soziale Ordnung soll das Recht auf Arbeit sowie wirtschaftliche Sicherstellung der werktätigen Bevölkerung bis zum Tode verbürgen.

Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie freie Meinungsäußerung in Rede, Presse und Schrifttum ist zu gewährleisten.

Den christlichen Religionsgesellschaften ist Freiheit für Gottesdienste und Verkündigung sicherzustellen sowie freie Entfaltungsmöglichkeiten für kirchliches Leben nach kirchlichen Grundsätzen. Die Kirche soll auch nach unserer Ansicht keine politische Macht erstreben, aber die Möglichkeit zum Dienst am Volksleben muss ihr freigehalten werden.

Die im unduldsamen Nazisystem zu Anmaßung und Oberflächlichkeit verleitete Jugend muß an ernste Arbeit und Zucht gewöhnt und zu Bescheidenheit und Ehrfurcht erzogen werden. Wir fordern ein fortschrittliches Berufs- und Fachschulwesen. Hierbei ist die Landwirtschaft entsprechend ihrer Bedeutung besonders zu berücksichtigen. Das Recht der Eltern auf christliche Unterweisung und Erziehung ihrer Kinder muß im öffentlichen Schulwesen Anerkennung finden.

Wir fordern vom Staate Schutz und Pflege für wahre Kultur, Kunst und Wissenschaft, um das geistige und seelische Leben unseres Volkes zu fördern und das Ansehen Deutschlands in der Welt wieder zu mehren.

Eine schwer empfundene Not unter der Herrschaft nationalsozialistischer Willkür und Gewalt war der Untergang eines geordneten Rechtsstaates. Wir verlangen eine Rechtspflege, die an Gesetz von christlich-sittlicher Grundhaltung gebunden ohne Rücksicht auf Person und Partei entscheidet. Bisher ungesühnte Verbrechen an unserem Volke oder an Einzelnen sind von deutschen Gerichten auf dem ordentlichen Rechtsweg abzuurteilen. Ein Volk hat nur Bestand, wenn es seine Ordnung auf Gerechtigkeit gründet.

Für die Besetzung öffentlicher Ämter darf nur persönliche und fachliche Tüchtigkeit, moralische Sauberkeit und zuverlässige staatsbeherrschende Haltung maßgebend sein. Mangel an Fähigkeiten kann nicht durch Gesinnung allein ersetzt werden.

Zu Volksvertretern in Staat und Gemeinde sind nur Männer und Frauen von bewährter Charakterfestigkeit, sauberem Vorleben und beruflicher Bewährung geeignet, die ohne Bindung an einseitige Gruppeninteressen selbstlos dem Ganzen dienen.

Der Ausgang des Krieges hat uns entmachtet. Wir werden schwere Bürde zu tragen haben. Trotzdem müssen wir nationale Haltung zeigen. Das gebieten auch alle Toten der Fronten und der Heimat, vor denen wir uns in Ehrfurcht beugen. Gegenseitiges Anklagen und ehrvergessenes Gebahren setzt uns herab. Nach dem tiefen Fall aus maßloser Überheblichkeit fordern wir von allen würdiges Verhalten, auch in unserer bedrückenden Lage und unter der Last bitterer Not, um die Achtung vor uns selbst und vor den Völkern nicht zu verlieren. Völkerverhetzung und alles, was zum Kriege treibt, muß restlos ausgetilgt werden, um unser Volk und die Welt vor neuen unheilvollen Katastrophen zu bewahren.

Mit den wahren Christen aller Länder wollen wir versuchen, uns zu verständigen aufgrund des Glaubens an das gottgewollte Lebens- und Entfaltungsrecht jeder Nation, auch der Deutschen, in der Gewissheit, hiermit zugleich dem Frieden der Welt zu dienen.

Die C S V wendet sich an alle, die unser Volk lieben und bereit sind, an der notwendigen Umstellung zu Duldsamkeit, Verträglichkeit, Friedfertigkeit und Selbstlosigkeit mitzuwirken.

Wir rufen auf zum Wiederaufbau auf dem Trümmerfeld unserer Heimat und zum Einsatz für christlich-soziale Erneuerung.

Mit Gott gehen wir an die schweren, verantwortungsvollen
Aufgaben, die unsere Notzeit stellt.
Herzu alle, die zu helfen bereit sind!

